Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Havlíčkovo nám. 32.

Telephone: Tagesredaktion: 6795. Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . „ 48.—
halbjährig . . . . „ 96.—
ganzjährig . . . . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Mittwoch, 10. September 1924. Nr. 213.

Einlegerschutz.

Als vor mehr als Jahresfrist mehrere Banken infolge der von ihnen betriebenen Mißwirtschaft verkrachten, wurde allgemein die Forderung nach einer Reform des Bankenwesens erhoben, welche es den Banken unmöglich machen sollte, leichtfertige und gewissenlose Spekulationsgeschäfte zu betreiben und dadurch die Spareinlagen der Einleger in Gefahr zu bringen. Die Regierung hat sich zur Einlösung des von ihr damals gegebenen Versprechens nach einer strengen Kontrolle der Geldinstitute und nach einem wirksamen Einlegerschutz lange Zeit gelassen. Nun hat sie endlich die Ergebnisse ihres langen Nachdenkens bekanntgegeben. Unter den neun Vorlagen, die sie am Donnerstag im Abgeordnetenhause eingebracht hat, befinden sich nicht weniger als vier, welche sich auf den Schutz des Kreditwesens, den Schutz der Einleger, der Kreditinstitute und der Schuldner beziehen. Alle diese neun Gesetze, zwischen denen die Regierung, wie es heißt, ein Junktim hergestellt hat, werden gegenwärtig im Budgetausschuß mit der bei der tschechoslowakischen Gesetzgebung unrühmlichst bekannten Eilfertigkeit durchgepeitscht, so zwar, daß die Redner der oppositionellen Parteien fast allein die Debatte führen, während sich die Mitglieder der Mehrheitsparteien darauf beschränken, alle Abänderungsanträge der Opposition niederzustimmen. Und doch sind, wie noch gezeigt werden wird, gegen manche dieser Gesetze schwerwiegende Bedenken zu erheben. Die Koalitionsdrahtzieher verstehen es eben, durch das Hineintragen egoistischer Machtbestrebungen und nationalistischer Gesichtspunkte auch nützliche und notwendige Reformen zu verfälschen und zu vergiften.

Ein Beispiel dafür ist der Regierungsentwurf des Gesetzes, durch welches ein Fond aller Geldinstitute gebildet werden soll, der die Sicherung aller Einlagen in diesen Instituten zu 80 Prozent bezweckt. Aus diesem Fond sollen alle Banken und Geldinstitute, die in Gefahr geraten zu verkrachen, die Mittel bekommen, um sich über Wasser zu halten und die ihnen von den Einlegern anvertrauten Gelder bis zu 80 Prozent zurückzahlen zu können. Das Gesetz ist eine Versicherung der Einlagen, und zwar eine Zwangsversicherung, denn dem Fonde müssen alle Banken und Institute, die Einlagebücher ausgeben oder Einlagen auf laufende Rechnung annehmen, beitreten, wobei auf den finanziellen Stand der Institute keinerlei Rücksicht genommen wird. Es frägt sich vor allem, wer die Mittel für den Fond beizusteuern hat. In einigen bürgerlichen Zeitungen wurde Klage darüber geführt, daß das Gesetz eine neue Belastung für die Banken, Sparkassen und sonstigen Geldinstitute bedeutete, wobei Klagelieder über die armen Banken ertönten. Das Bedauern war wenig am Platze, denn wer den Entwurf genau liest, wird finden, daß die Kosten für die Aufbringung des Fondes niemand anderer als die Einleger selbst zu tragen haben werden. Nach Paragraph 11 des Gesetzes sind die Angehörigen des Fondes verpflichtet, von jedem Zinsenbetrag, der, wem immer, ausbezahlt, zugeschrieben oder zugerechnet wurde, 1.5 Prozent an den Fond abzuführen. Die Einleger müssen also allein für die Lasten dieser Versicherung aufkommen, während den Instituten nur die Pflicht obliegt, die von den Zinsen gemachten Abzüge abzuführen. Es ist sehr zu befürchten, daß die Schaffung dieses Fondes auf solchen Grundlagen nicht gerade dazu beitragen wird, die Geschäftsmoral mancher Banken und Unternehmungen zu verbessern und ihnen die Neigung zu waghalsigen, verwerflichen Spekulationen abzugewöhnen. Die zügellose Jagd nach Geld, die Sucht, rasch Vermögen zu erwerben, werden nur um so mehr manche zweifelhafte Geldinstitute dazu verleiten, mit den ihnen anvertrauten Geldern zu spekulieren und dunkle Geschäfte zu machen, denn geht die Sache schief, dann ist der von den Einlegern zusammengetragene Fond da, der bis zu 80 Prozent die Verbindlichkeiten des Unternehmens gegenüber den Einlegern einzulösen hat. Schon allein das Streben, möglichst hohe Zinsen in Aussicht stellen zu können und dadurch die Einleger anzulocken, wird ein Ansporn zu allerlei nicht einwandfreien Schiebungen und Spekulationen für diese Gattung von Geldinstituten sein.

Die Einleger werden also das Recht genießen, die Gelder für den Fond zu sammeln, aber daß ihnen auch das Recht der Verwaltung des Fondes zugebilligt würde, davon haben die Koalitionsgesetzmacher Abstand genommen. Der Fond wird durch ein Kuratorium, bestehend aus zwölf Mitgliedern, verwaltet werden, welche von der Regierung nach Anhörung der Interessenten über Antrag des Finanzministers auf die Dauer von fünf Jahren ernannt werden sollen. Bei der Zusammensetzung und der Praxis der Regierung läßt sich schon heute denken, daß das Kuratorium eine Domäne der großen Banken sein wird, in der die Einleger bestenfalls an einem Katzentischlein, bar jedes Einflusses, werden sitzen können. Aber selbst das allerbescheidenste Recht der Mitverwaltung der Einleger ist noch zweifelhaft und bleibt vollständig dem willkürlichen Ermessen der Regierung überlassen. Bei dem alles überragenden Einfluß der großen Banken auf diese und alle künftigen bürgerlichen Regierungen, erschließen die Bestimmungen des Gesetzes über die Zusammensetzung des Kuratoriums sehr schlechte Perspektiven.

Als eine besonders verdächtige und gefährliche Bestimmung aber muß der Paragraph 19 erkannt werden, der die Bedingungen festsetzt, unter denen die Angehörigen des Fondes materielle Aushilfe zugesprochen erhalten. Diese Aushilfe ist an die Erfüllung bestimmter Bedingungen geknüpft, die das Gesetz aufzählt, die aber so gehalten sind, daß sie die kleinen, schwachen Institute in die Hand des Kuratoriums und damit in die Hand der großen Bankenhaifische liefert. Das Kuratorium kann als eine der Bedingungen die Fusionierung des um Aushilfe ansuchenden Institutes mit einem anderen Bankinstitut verlangen, das dem Kuratorium als „geeignet" erscheint. Danach kann das allmächtige und dem Einflusse der Einleger entrückte Kuratorium jede notleidende Sparkasse, auch deutsche, jede Bank, welche die Hilfe des Fondes braucht, zur Vereinigung etwa mit der Živnostenska banka oder einem andern ihm vom nationalen Gesichtspunkte aus passenden Bankunternehmen zwingen!

Das Gesetz ist ein Musterbeispiel für die Art, wie bei uns Gesetze gemacht werden. Auch in anderen Ländern tragen die Gesetze den Stempel des bürgerlichen Klassenstaates, hierzulande sucht man ihnen auch das Gepräge kapitalistischer Kliqueninteressen zu geben und sie zu Werkzeugen nationalen Unrechts zu formen.

Der Generalstreik der österreichischen Metallarbeiter unvermeidlich.

Eine Solidaritätsaktion der Gesamtarbeiterschaft in Vorbereitung. — Die größte Ausstandsbewegung seit dem revolutionären Jännerstreik.

Wien, 9. September. (Eigenbericht.) Die Lage in der Metallindustrie hat sich außerordentlich verschärft; heute sind die Arbeiter weiterer größerer Betriebe in den Streik getreten. Vormittag trat auch die Vorständekonferenz der Gewerkschaften zusammen und beschloß einstimmig eine Resolution, in der es heißt:

Die Vorständekonferenz der österreichischen Gewerkschaften stellt fest, daß es sich in dem Kampf der Metallindustrie nicht bloß um Lohn- und Vertragsfragen, sondern um weit mehr handelt. Es wird von den Unternehmern neuerdings die Frage der Arbeitszeit aufgeworfen und damit werden die sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft angegriffen. Sollten die Unternehmer auf ihrem Willen beharren, so wird der Kampf der Metallarbeiter zu einem Kampf aller organisierten Arbeiter und Angestellten Oesterreichs werden. Seine Erweiterung wird soziale und wirtschaftliche Gefahren zur Folge haben. Mit der Verantwortung hiefür müssen von vornherein die Unternehmer belastet werden, umsomehr, als sie den materiellen Forderungen der Metallarbeiter die Berechtigung nicht absprechen können. Die Vorständekonferenz erwartet von den Metallarbeitern, daß sie den schweren Abwehrkampf in Einmütigkeit und Solidarität führen werden. Sie spricht den Metallarbeitern die vollste Sympathie aus und beauftragt die Gewerkschaftskommission, raschest Maßnahmen zu treffen, um, wenn nötig, diesen Kampf entscheidend zu gestalten. Die Metallarbeiter mögen wissen, daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten wohlgerüstet bereit stehen.

Die Unternehmer haben heute eine Versammlung abgehalten, in der sie erklärten, daß sie eine Steigerung der Produktionskosten nicht auf sich nehmen können, und daß sie nur auf dieser Grundlage verhandeln wollen. Die Forderung nach Abbau des Achtstundentages haben sie zwar in einer Besprechung mit den Vertretern des Metallarbeiterverbandes fallen gelassen, hingegen hielten sie die Forderung nach Abbau der Steuern als Bedingung für die Lohnerhöhung aufrecht. Welche Lohnerhöhungen sie bewilligen wollen, haben sie nicht erklärt. Daraufhin wurden natürlich alle Verhandlungen abgebrochen und

morgen früh wird der Vierzigerausschuß, die höchste Instanz der Metallarbeiter, entscheiden. Er wird wahrscheinlich beschließen, daß der Streik zu beginnen habe.

Die Aufregung unter den Metallarbeitern ist aber so groß, daß wahrscheinlich in den meisten Betrieben die Arbeit nicht mehr aufgenommen werden wird, so daß also morgen und spätestens übermorgen in ganz Oesterreich die Metall-Industriebetriebe stehen werden.

Mit den Industrieangestellten hatten die Unternehmer vereinbart, daß sie neue Lohnverhandlungen führen werden, wenn der Index um mehr als vier Prozent steigt. Da er aber um mehr als sechs Prozent gestiegen ist, waren also diese Verhandlungen fällig. Die Unternehmer haben sie aber heute abgebrochen und sie sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Den Unternehmern macht jetzt die Frage der Arbeiterstreiks größere Sorgen.

Die Achtstundentag-Konferenz in Bern.

Bern, 9. September. (Schw. Dep. Ag.) Die Konferenz der Arbeitsminister Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands, Belgiens ging am Dienstag mittag zu Ende. Ueber die Sitzungen wird folgendes mitgeteilt:

Nachdem die Minister erneut festgestellt hatten, daß es vor allem aus kulturellen und sozialen Gründen erwünscht sei, auf der Grundlage des Washingtoner Abkommens zu einer brauchbaren internationalen Anwendung des Achtstundentages zu gelangen, haben sie die einzelnen Artikel des Uebereinkommens einer eingehenden Nachprüfung unterzogen. Sie bezweckten dabei, die unter ihnen etwa bestehenden Auslegungsschwierigkeiten zu beseitigen und so ihren Regierungen die Ratifizierung zu erleichtern. Sie konnten mit Genugtuung feststellen, daß ihre Auffassungen in den meisten Punkten übereinstimmten oder doch nicht erheblich von einander abwichen. Die Konferenz schloß demnach unter dem allgemeinen Eindruck, daß es möglich sein werde, zu einer allgemeinen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu gelangen.

Vor der parlamentarischen Verabschiedung der Sozialversicherung.

Wenn sich die Koalition im letzten Momente nicht anders entscheiden sollte, wird die Vorlage betreffend die Versicherung der Arbeitnehmer für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters in der Woche vom 7. bis zum 14. September dem Parlamente unterbreitet und voraussichtlich bis zum 24. September verabschiedet werden.

Es ist außer Frage, daß bei der Beratung im Parlamente keine wie immer geartete wesentliche Aenderung der Vorlage zugestanden werden wird und so müssen wir denn damit rechnen, daß der Entwurf, wie er aus den Beratungen des sozialpolitischen und des Budgetausschusses herausgekommen ist, Gesetzeskraft erlangen wird.

Die Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren bei allen sozialpolitischen Gesetzen beobachten konnten, waren in erhöhtem Maße bei der Beratung der Sozialversicherung wahrzunehmen. Die bürgerlichen Parteien innerhalb der Koalition haben alles daran gesetzt, um eine grundlegende Verschlechterung des von der Fachkommission ausgearbeiteten Entwurfes herbeizuführen. Es ist ihnen dies leider, wie wir nachweisen werden, mehrfach gelungen, ja wir glauben ruhig behaupten zu können, daß sich die bürgerlichen noch vor Jahresfrist nicht hätten träumen lassen, daß es möglich sein wird, von ihrem Gesichtspunkte aus betrachtet, einen derartigen Erfolg bei der Beratung der Sozialversicherung heimzubringen.

Wir haben bei der Besprechung der ursprünglichen Vorlage ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Fachkommission in dem Entgegenkommen an die bürgerlichen Parteien viel zu weit gegangen ist und daß sich dieses Entgegenkommen bitter rächen werde. Wir haben leider recht behalten. Die Fachkommission hat sich bei der Ausarbeitung der Vorlage die größte Reserve auferlegt. Sie hat, um keinen Anstoß bei den bürgerlichen Parteien zu erregen, viele grundsätzliche Forderungen der Arbeiterschaft unberücksichtigt gelassen; sie hat auch den materiellen Mindestforderungen nicht voll Rechnung getragen, weil sie der grundfalschen Auffassung war, daß eine Verschlechterung des Entwurfes unter keinen Umständen Platz greifen werde. Man war vielmehr innerhalb der Fachkommission der Meinung, daß man bei der Beratung der Sozialversicherung den sozialistischen Parteien irgendeinen offensichtlichen Erfolg zugestehen müsse, und hat auch aus diesem Grunde das Minimum geboten. Dieser Gedankengang, dessen hauptsächlicher Träger und Befürworter zweifellos Dr. Winter war, hat Schiffbruch gelitten. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien bar jeder Einsicht sind, und daß sie unbekümmert um die Folgen ihren Weg gehen, nämlich den Geldsack um jeden Preis zu schützen, die Arbeiterklasse in ihrem Aufstiege zu hindern, und wenn schon ein sozialistischer Fortschritt nicht zu verhindern ist, so muß er erkauft werden mit den größten Zugeständnissen an die bürgerliche Gesellschaft, und es müssen mitunter für die Arbeiterschaft demütigende Bestimmungen mit in Kauf genommen werden.

Mit der Vorlage hat sich bekanntlich der sozialpolitische Ausschuß bzw. der von ihm eingesetzte Unterausschuß durch mehr als sieben Monate beschäftigt. Es wurde in diesem Ausschusse intensiv gearbeitet und es wurde eine überaus gründliche Arbeit geleistet. Noch niemals, seitdem das tschechoslowakische Parlament fungiert, ist eine Vorlage mit der Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit verhandelt worden als es hier geschehen ist. Und trotzdem haben sich Parlamentarier gefunden, die das „schnelle Tempo", das bei der Beratung der Sozialversicherung angeblich eingeschlagen wurde, gerügt haben.

Für die Absichten der bürgerlichen Parteien war eine Episode im Budgetausschusse überaus bezeichnend. An Stelle des ursprünglich als Referenten bestellten tschechischen Sozialdemokraten Chalupa wurde seitens des Budgetausschusses Professor Dr. Srdinko zum Referenten bestellt. Professor Dr. Srdinko ist Mitglied der Agrarpartei. Dieser Mann hat nun im Budgetausschusse den Standpunkt vertreten, daß es überaus zweckmäßig gewesen wäre, wenn die Beratungen des Budgetausschusses mit dem sozialpolitischen Ausschusse gemeinsam über diese Vorlage erfolgt wäre, bzw. wenn von beiden Aus-

schüssen ein gemeinsames Komitee eingesetzt worden wäre. Mit diesem Vorwurfe ist Herr Professor Dr. Srdinko nach mehr als einem Jahre nach Unterbreitung der Vorlage an das Parlament hervorgetreten, obwohl es ihm bei seinen Beziehungen etwas Leichtes gewesen wäre, dies in einem früheren Zeitpunkte herbeizuführen.

Die Nachgiebigkeit des Herrn Professor Srdinko, daß er sich damit abgefunden hat, daß die Vorlage im Budgetausschusse bald verabschiedet werde, mußte, trotz der sorgfältigsten Durchberatung der Vorlage im sozialpolitischen Ausschusse, durch neuerliche Zugeständnisse im Budgetausschusse erkauft werden. Was dem Ansturm aller bürgerlichen Parteien im sozialpolitischen Ausschusse nicht gelungen ist, das wurde den Schrullen eines Mannes, der innerlich trotz aller seiner Zusicherungen sicherlich kein Freund der Sozialversicherung ist, geopfert. Ueber seinen Antrag wurde der im Paragraph 258 des ursprünglichen Textes der Vorlage in Aussicht genommene Kredit von 100 Millionen Kronen, welcher für die Errichtung von Heilanstalten für die nach dem Gesetze Versicherten, die an ansteckenden Krankheiten leiden, insbesondere an Tuberkulose, sowie für die Errichtung von Wöchnerinnenheimen an öffentlichen Krankenhäusern bestimmt war, auch für Zwecke derselben Fürsorge für die Selbstständigen bereitgestellt. Damit wurde die Möglichkeit der Unterbringung der Unselbständigen, für die durch Gewährung des Kredites ansonsten nur in beschränktem Maße vorgesehen war, auf ein Minimum reduziert. Ihm ist es zu danken, daß die Dienstordnung der leitenden Beamten der Krankenversicherungsanstalten und aller Angestellten der Zentralsozialversicherungsanstalt, der Genehmigung der Regierung unterworfen ist. Es ist also eine weitere wesentliche Einengung der Autonomie, es ist ein Eingriff in die Machtsphäre der Verwaltungsorgane der Sozialversicherungsinstitute, wie sie selbst im alten Oesterreich niemals gewagt worden wäre.

Der Anregung des Professor Dr. Srdinko Folge leistend wurde beschlossen, daß neben dem Minister für soziale Fürsorge auch der Finanzminister verlangen kann, daß ihm oder den von ihm ernannten Organen die Bücher, Schriftstücke, Protokolle und Belege vorgelegt werden und die Zentralsozialversicherungsanstalt verpflichtet ist, die verarbeiteten Berichte der Krankenversicherungsanstalten auch dem Minister für soziale Fürsorge zu unterbreiten. Durch die Aufnahme dieser Bestimmungen ist herbeigeführt worden, daß der Minister für soziale Fürsorge als eigentlicher Ressortminister nur in ganz belanglosen Angelegenheiten wirklich zu entscheiden hat, wohingegen er in allen anderen Fällen nur mit Zustimmung des Finanzministeriums, vielfach sogar nur mit Zustimmung der Regierung amtszuhandeln vermögen wird.

Von den belangreicheren Aenderungen, die über Antrag des Herrn Professor Dr. Srdinko durchgeführt wurden, sei noch erwähnt die Streichung des Paragraph 93, Absatz 3, welcher besagt, daß darüber, zu welchem Verbande sich eine Versicherungsanstalt anzumelden hat, der Vorstand zu entscheiden hat. Im Paragraph 12, Absatz 4 wurde wieder eine grundlegende Aenderung vorgenommen. Die Bestimmung hat ursprünglich gelautet, daß der Lehrling nach seinem Lohne in die Lohnklasse einzureihen ist, welchen ein voll bezahlter Angestellter der Branche nach vollendeter Auslehre in dem Betriebe oder in der nächsten Umgebung bezieht, wenn der Lohn des Lehrlings nicht dessen Einreihung in eine höhere Klasse rechtfertigt. Nunmehr lautet die Bestimmung: Der Lehrling, der keinen Lohn bezieht, ist in die erste Lohnklasse einzureihen. Diese Bestimmung lehnt sich an das bestehende Krankenversicherungsgesetz an, es ist also wieder der alte Zustand herbeigeführt und die Verbesserung, welche schon die Fachkommission nach dieser Richtug hin in Vorschlag gebracht hat, beseitigt. Bei der Prüfung der Veränderungen, die die Vorlage, seitdem sie der parlamentarischen Beratung unterbreitet wurde, erfahren hat, wird jeder zu der Erkenntnis gelangen, daß die Vorlage in ihren grundlegenden Bestimmungen verschlechtert wurde.

Angesichts dieser Situation gehen wir mit gemischten Gefühlen an die parlamentarischen Schlußverhandlungen. Die Vorlage, von der allgemein angenommen wurde, daß sie der Arbeiterschaft den Großteil der Forderungen hinsichtlich der Fürsorge für das Alter und die Invalidität bringen wird, ist so geartet, daß man Zweifel hegen muß, ob sie auch nur den primitivsten Bedürfnissen der Arbeiterschaft zu entsprechen vermag. Wenn die Vorlage schon in materieller Beziehung die Arbeiterschaft nicht zu befriedigen vermag, so bedeutet sie in organisatorischer Beziehung eine schwere Enttäuschung, da sie die Zersplitterung der Krankenkassen weiter bestehen läßt, in mancher Beziehung, insoweit die Errichtung landwirtschaftlicher Krankenkassen in Betracht kommt, noch erweitert und die Selbstverwaltung, die Forderung, für die die Arbeiterschaft von Anbeginn an gekämpft hat, fast vollständig aufhebt.

Nach der parlamentarischen Beratung der Sozialversicherung, nach der Gesetzwerdung dieses Werkes, muß die Arbeiterschaft alles daran setzen, um die drückenden Bestimmungen der Vorlage zu beseitigen, die Sozialversicherung mit der Zeit zu dem werden zu lassen, was sie hätte sein sollen, und was sie, wenn sie ihren Zweck erreichen soll, werden muß: eine Einrichtung der Versicherten für die Versicherten.

Inland.

Der Kampf um das Mehlgesetz.

Prag, 9. September. In der Koalition gibt es wieder einmal eine kleine Krise, die durch die plötzliche Vorlage des Mehlgesetzentwurfes verursacht wurde. Auch das Preßgesetz wurde seinerzeit ebenso plötzlich ins Haus geworfen und man kann sich noch an die hiedurch hervorgerufenen Erschütterungen der Koalition erinnern. So ist es auch jetzt. Die Mehlvorlage hat einen heftigen Kampf zwischen den tschechischen sozialistischen Parteien und den tschechischen Agrariern hervorgerufen. Interessant ist hiebei wohl, daß die Vorlage vom tschechisch-nationalsozialistischen Ernährungsminister Franke im Parlament verteidigt wurde, obzwar gleich nach ihm die derselben Partei angehörende Abgeordnete Zemin scharf gegen das Gesetz auftrat. Die tschechischen sozialistischen Parteien können nur schwer die Verantwortung für das Mehlgesetz vor ihren Wählern übernehmen; deshalb kündigt auch bereits das „Ceske Slovo", infolge des allgemeinen Widerstandes der Bevölkerung, die Rücknahme des Gesetzes an. Damit wären aber die Gründe, welche die Regierung zur Vorlage dieses Entwurfes bewogen haben, nach Meinung des Blattes nicht beseitigt. Infolge der Annahme des Dawes-Planes müßte die tschechische Wirtschaft alle Kräfte anspannen, um den Gefahren, die ihr drohen, entgegenzutreten. Dazu sei der gute Wille aller Koalitionsparteien notwendig, aus diesen Intentionen sei der Regierungsantrag, betreffend die Getreidevermahlung hervorgegangen. Soweit das „Ceske Slovo". Hiebei ist nun allerdings zu bedenken, daß der Finanzminister sämtliche vorgelegten Gesetzentwürfe als unteilbares Ganzes bezeichnet hat, so daß auch das Ausmahlungsgesetz nach seiner Aeußerung angenommen werden müßte.

Unsere Vermutung, daß die tschechischen Agrarier, im Falle der Nichtannahme des Ausmahlungsgesetzes, der Sozialversicherung Schwierigkeiten bereiten würden, wird von den klerikalen „Lidove Listy" bestätigt, die außerdem glauben, daß die Agrarier die Auflösung des Ernährungsministeriums verlangen werden. „Narodni Osvobozeni" will von einem Junktim zwischen Sozialversicherung und finanzpolitischen Gesetzes wissen.

Eine andere Schwierigkeit findet die Koalition im Gesetz über die landwirtschaftlichen Kleinpachte. Schon im Senat gab es bei Behandlung dieser Vorlage große Schwierigkeiten innerhalb der Koalition, die seinerzeit in langen Sitzungsunterbrechungen zu tage traten. Im Abgeordnetenhaus sind es die Nationaldemokraten, die sich gegen die Vorlage stellen, und zwar auf Anregung des Führers der nationaldemokratischen Großgrundbesitzer, Abgeordneten Bergmann. Wegen dieser Schwierigkeiten ist auch die Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses von heute auf morgen verschoben worden.

Neue Gesetze zur Unterstützung der Baubewegung. Minister Habrman erklärte einer Abordnung von Interessenten, er werde in der nächsten Zeit zwei Gesetzentwürfe über die Unterstützung der Baubewegung vorlegen. Der eine Entwurf werde allgemein sein und sich auf die staatliche Garantie und auf die Steuernachlässe bei Bauten von Wohnhäusern beziehen. Das zweite Gesetz betrifft die staatliche Garantie für Wohnhäuser, welche Gemeinden oder Genossenschaften errichten.

Der Budgetausschuß hielt gestern unter Vorsitz des Abgeordneten Bradač eine Sitzung ab, in der das Gesetz über den allgemeinen Fond der Geldinstitute und das Gesetz über die Pflichten der Bankiers bei Aufbewahrung der Wertpapiere, beide mit einigen Veränderungen und Ergänzungen angenommen wurden. Bei der ersten Vorlage gelangte auch ein Abänderungsantrag des Genossen Taub zur Annahme, der dahin ging, daß die Kuratoriumsmitglieder vor der Regierung über Antrag des Finanzministers und des Ministers des Innern nach Anhörung der Vertreter oder sonstigen Organisationen der Interessenten ernannt werden.

Die parteipolitischen Bahnhofsbuchhandlungen. Die Antwort des Eisenbahnministers Stribrny auf die Interpellation der Abgeordneten Grünzner, Taub, Schweichhart und Genossen betreffend die Vergebung der Bahnhofbuchhandlungen (Druck 4381—VI) lautet: „Die Bahnhofsbuchhandlungen wurden in den einzelnen Rayons der Staatsbahndirektionen nachstehenden Verlags-, Buchhandlungs- und Druckereigenossenschaften oder Gesellschaften vergeben: 1. Der Druckerei-, Verlags- und Zeitungsgesellschaft „Orbis" in Prag III., Nerudova 5, für den Rayon der Staatsbahndirektion Prag-Norden. 2. Den genossenschaftlichen Unternehmungen für graphische Industrie und Buchhandel „Melantrich" in Prag II., Vaclavske namesti 42, für den Rayon der Staatsbahnen Prag-Süden. 3. Der Zentralarbeiterbuchhandlung (Ant. Spěcenty in Prag II., Hybernska 7) für den Rayon der Staatsbahndirektion in Pilsen. 4. Der Firma Josef M. Polak in Pardubitz für den Rayon der Staatsbahndirektion in Königgrätz. 5. Den Cechisch-mährischen Druckerei- und Verlegerunternehmungen r. G. m. b. H. in Brünn für den Rayon der Staatsbahndirektion in Brünn. 6. Der Cechoslovakischen Druckerei-Aktiengesellschaft in Prag II., Spalena ul. 15, für den Rayon der Staatsbahndirektion in Olmütz. 7. Der Gesellschaft m. b. H. „Rovina" in Bratislava, Panenska 10, für den Rayon der Staatsbahndirektion in Bratislava. 8. Der Legionärgesellschaft „Krivani" in Bratislava für den Rayon der Staatsbahndirektion in Kosice. Es ist dies vor allem deshalb geschehen, weil die Angebote der genannten Unternehmungen der Bahnverwaltung weit größere Vorteile gewährten, als sie durch eine öffentliche Ausschreibung hätten erzielt werden können. Ein öffentliche Ausschreibung war überdies nicht nötig, weil nach den Bestimmungen der Vergebungsordnung die Ausschreibung einer öffentlichen Konkurrenz nur für die [illegible] von Lieferungen und Arbeiten, keineswegs aber für Vermietung vorgeschrieben ist." — Die von Parteirücksichten getragene Vergebung der Bahnhofsbuchhandlungen wird also vom Eisenbahnminister offen zugegeben. Die Pětka beim Geschäft: auch da herrscht strenge Ordnung, damit kein Teil zu kurz kommt. Die nationalen Minderheiten kommen überhaupt nicht in Betracht. Wozu auch??

Ausland.

Macdonald über Genf. Genosse Macdonald sprach vor seiner Abreise nach Dundee Pressevertretern gegenüber seine Befriedigung über den in Genf erzielten Fortschritt aus. Dem Berichterstatter des „Evening Standard" gegenüber erklärte er: „Ich kann meine große Freude über die von uns erzielten wichtigen Ergebnisse nicht verhehlen. Nach meinem Dafürhalten haben wir das Fundament für den künftigen Weltfrieden gelegt und den Schrecken des Krieges einen entscheidenden Schlag versetzt. Herriots und meine Anschauungen waren wohl nicht identisch, doch haben wir unsere Divergenzen den zwei Völkerbundskommissionen zur ruhigen Erwägung zugewiesen. Ich erwarte nach Beendigung der Arbeiten dieser Kommissionen, daß eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen werden wird. Viel hängt allerdings von der öffentlichen Meinung ab, von der ich ernsthaft die andeuernde Förderung unserer Bestrebungen erwarte. Mit der standhaften und mutigen öffentlichen Meinung welche die soeben eingeleiteten Bemühungen fördern würde, hoffe ich, daß eine neue Aera in der Arbitrage und Abrüstungsfrage eintreten wird."

Linkskurs im Zentrum. Wir haben gestern über den Kampf um den Bürgerblock im Reiche berichtet. Nunmehr laufen weitere Nachrichten über die Vorgänge im Zentrum ein, die den Sieg Wirths über Stegerwald bestätigen. Wie der Berliner „Lokal-Anzeiger" aus Zentrumskreisen hört, soll die Stellung des rechten Flügels des Zentrums unter Führung des Abgeordneten Stegerwald im Hinblicke auf eine rein bürgerliche Regierung auch bei der Sitzung des Parteivorstandes zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt haben. Die Mehrheit des Zentrums unter Führung von Dr. Wirth arbeitet daraufhin, dem Abg. Stegerwald den Austritt aus der Partei nahezulegen und damit alle Zusagen, die den Deutschnationalen von rechtsstehender Zentrumsseite über ihre Zuziehung zur Regierung gegeben wurden, illusorisch zu machen.

Kritische Situation des spanischen Fascismus. Dem Pariser „Journal" wird aus Madrid gemeldet, daß anschließend an eine Ministerratsentscheidung unter Vorsitz des Königs, General Primo de Rivera und einige andere Mitglieder des Direktoriums nach Algeciras abgereist sind, wo sie sich nach Ceuta einschiffen werden. Die Generale werden sich sofort nach ihrer Ankunft nach Tetuan begeben, um dort an Ort und

---

20

Der sibirische Expreß.

Roman von Frank Heller.

Copyrigt by G. Müller, München.

„Du hast mich belogen, als ich dir vertraute, du hast dem Stubenmädchen geläutet, um meine Million stehlen zu können, und wenn ich dich nur mit Geldbußen strafe, hast du die Stirn, aufzustehen und mich des Diebstahls zu bezichtigen! Was ist das für eine Welt, in die ich da hinausgeraten bin? Was ist das für eine Welt! Unehrlichkeit! Unehrlichkeit! Unehrlichkeit!"

„Sie — sind Sie nicht Offizier?" stammelte Gerdt Lyman, vor Entsetzen ganz wirr im Kopf. „Sind Sie — sind Sie der Narr?"

„Hahaha!" rief der Langhaarige mit einem Aufblitzen im Auge, das Gerdt Lyman kannte. „Bin ich der Narr? Ich bin klüger als du! Hättest du dich dort oben aus der Affäre ziehen können? Kannst du den Offizier spielen? Das war die einzige Art, herauszukommen. — Hättest du das zustande gebracht? Dort oben war ich allein gegen Hunderte von Menschen — aber ich habe dich herausbekommen, mein Freund, hier habe ich dich allein, und jetzt —"

Gerdt Lyman schöpfte Atem zu einem Schrei des Entsetzens. Er glaubte schon die Finger des Wahnsinnigen um seinen Hals zu spüren, und diesmal wurde es ein Mord, das begriff er. Aber es kam ganz anders. Der Narr öffnete die Tür zu einem der beichtstuhlähnlichen Kioske der Pfandleihanstalt, warf ihn achtlos hinein und verschloß die Tür. Mit drei affenartigen Sätzen drängte er sich durch die Menschenmenge im Vestibül und verschwand. Vom Sekretariatstisch starrte der Sekretär ihm mit Augen nach, die vor Staunen ganz rund waren. Gerdt Lyman seinerseits sah benäubt einen bösartigen Mann an, der ihn fragte, was er plazieren wolle, und darauf aufmerksam machte, daß die Zinsen von zehn Wochen im vornhinein abgezogen würden.

Und einige hundert Meter weit vom Kasino sah Jakub Isotzki gelähmt ein Wesen, das vom Himmel gefallen zu sein schien. Wie ein Adler war es vom Himmel gefallen. Schon war Jakub Isotzki auf halbem Weg nach Hause, die Taschen von Banknoten und Gold — Gold! geschwellt, mit der Aussicht, keine weiteren optimistischen Artikel schreiben zu müssen, mit der Aussicht, noch diesen Abend eine wirklich gute, rituelle Mahlzeit einzunehmen. Kichernd und glucksend war er an einer Straßenecke in der dämmerigen Marienstraße stehengeblieben, um die Banknoten zu zählen — warum sollte er das nicht? Er fürchtete keinen Ueberfall auf offener Straße, er war ein ehrlicher Mann, der nach dem Gesetze wandelte. Dreißigtausend hatten sie mit seinem System gewonnen und eine halbe Million bekam er für das Gold, das er sich eingewechselt hatte — das war ein Tag unter allen Tagen! Und plötzlich gräbt sich eine furchtbare Kralle, eine Adlerkralle, eine Eisenkralle im Jakub Isotzkis linke Schulter, und eine Stimme flüstert in Jakub Isotzkis rechtes Ohr: „Aha, das war dein System! Ich gebe dir Geld zum Spielen, du gewinnst, und wenn ich von einem fremden Menschen angegriffen werde, machst du dich mit dem Gewinn aus dem Staube! So, so, das war dein System! Was ist das für eine Welt, in die ich hinausgekommen bin! Unehrlichkeit! Unehrlichkeit! Unehrlichkeit! Du wolltest mich dein System lehren", die Eisenkralle umklammerte Jakub Isotzkis Hals, „und ich habe es gelernt; jetzt nehme ich dir die Banknoten weg." Die Eisenkralle befreite Jakub Isotzkis Taschen von den Banknoten. „So, so, noch so fest halten! Die Banknoten gehen auseinander! Paß auf deinen Hals auf, wenn die Banknoten auseinandergehen! So ist es recht, jetzt kannst du Atem holen, aber nur nicht schreien! — Und jetzt nehmen wir das Goldgeld! — Wo ist mein Säckchen? So, so, nicht stoßen, das tut nur im Hals weh — nicht wahr? So ist es recht, du kapierst ja ganz leicht, wenn man nur vernünftig mit dir spricht. Da ist mein alter Beutel, zweitausend Mark ist nicht viel, aber für dich ist es zuviel. Was ist das für eine Welt, in die ich hineingekommen bin? Unehrlichkeit! Unehrlichkeit! Unehrlichkeit!"

Mit diesen Worten verschwand der Mann, der vom Himmel gefallen war, nachdem er noch, um seine Gemeinheit vollzumachen, Jakub Isotzki in eine ziemlich dornige Hecke geworfen hatte.

Spät am selben Abend saß ein langer, etwas rundrückiger Herr im Garten des Parkcafes, in einem Zustand, der am besten mit einem Ausdruck aus der Wissenschaft, die er selbst studierte, bezeichnet werden kann: Manodepression. Er hatte acht belegte Brote gegessen und sich fünf Kognaks servieren lassen, aber nicht einmal diese konnten ihm einen unfreiwilligen Besuch in einer Pfandleihanstalt und eine Serie peinlicher Erklärungen vor einer neugierigen Spielleitung in Vergessenheit bringen.

Und plötzlich sollten seine Verunrechtungen zu neuem Leben erweckt werden. Eine sich verbeugende Gestalt tauchte an seinem Tisch auf und sagte:

„Entschuldigen Sie, waren Sie nicht derjenige, der eine Persönlichkeit im Spielsaal beschuldigte, Sie bestohlen zu haben?"

Gerdt Lyman flog von seinem Sitze in die Höhe.

„Was, zum Teufel, geht das Sie an? Wer sind Sie?"

Die Gestalt lüftete demütig den Hut, wobei ein kahler Kopf und ein verweintes Gesicht zum Vorschein kamen.

„Mein Name ist Isotzki aus Lwow. Ich war es, der —"

„Sie waren es, der für ihn spielte! Sie sahen so erstaunt aus, wenn Sie gewannen! Wohin sind Sie mit seinem Gelde verschwunden?"

Der Kahlköpfige errötete. Er hatte sich, ohne aufgefordert worden zu sein, an den Tisch gesetzt.

„Erstaunt? Wie meinen Sie das? Mein System ist unfehlbar! Mit seinem Gelde verschwunden? Hatten wir das Geld nicht mit meinem System gewonnen?"

„Aber wohin sind Sie doch damit verschwunden?"

„Ich finde", sagte Jakub Isotzky vorwurfsvoll, „Sie, der Sie behaupteten, von ihm bestohlen worden zu sein, sollten einen anderen Ton anschlagen. Während ich auf dem Heimweg war, überfiel mich der Schuft und plünderte mich völlig aus. Przepraszam pang, völlig! Dreißigtausend Mark, die ich gewonnen hatte und zweitausend Mark in Gold, die ich mir eingewechselt hatte. Und schauen Sie nur meine Kleider an! Die haben viertausend Mark gekostet, und er hat mich in eine Dornenhecke geworfen!"

„Zweitausend Mark in Gold," sagte Gerdt Lyman. „Wo haben Sie die eingewechselt? Bei ihm?"

„Ja," gab Jakub Isotzki mit klagender Stimme zu, „das hatte ich, und die hat er mir wieder abgenommen. Und wo ich doch geglaubt hatte, daß er der einfältigste Mensch ist, den je getroffen habe. So täuscht man sich. Warum ließen Sie ihn nicht arretieren! Sie sagten doch, Sie wollten es tun?"

Gerdt Lyman errötete vor Zorn.

„Was nützt es, zu versuchen, einen Narren zu arretieren, wenn man nur Idioten zu seiner Hilfe hat? Ich nahm ihn am Arm und wollte ihn ins Direktionszimmer führen. Aber bevor wir noch hineinkamen, überlistete — warf er mich — ereignete sich ein Auftritt, den er dazu benützte, durchzubrennen." (Forts. folgt.)

Stelle in Begleitung des Oberkommissärs sich ein genaues Bild der Lage zu schaffen, um die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Zur Erklärung seiner Abreise nach Marokko hat General Primo de Rivera der Presse eine Note übermittelt, in der es heißt, daß, obwohl die Lage sich nicht verschlimmert hat, die ganze Aufmerksamkeit der Regierung notwendig sei, um die Maßnahmen anzuwenden, aus denen hoffentlich der Sieg hervorgehen würde. Deshalb begab sich die Hälfte der Generale, die das Direktorium bilden, unter Führung ihres Chefs nach Tetuan. Das Direktorium werde weiterhin unter dem Vorsitz des Admirals Margay regieren und werde nicht dulden, daß sie auch nur berührt werde. Jegliche Störung des öffentlichen Lebens in Spanien werde auf das Strengste unterdrückt werden.

Telegramme.

Entschlossen, die Eselei auszuführen.

Berlin, 9. September. (Eigenbericht.) Die deutschnationale Parteileitung hatte bei der Reichsregierung angefragt, wann sie die Notifizierung der Kriegsschulderklärung vornehmen wolle. Von der Regierung ist daraufhin erklärt worden, daß sie ihre Verpflichtung, die Note vorzunehmen, kenne und entschlossen sei, ihr zu entsprechen. Angesichts gewisser zwischenparteilicher Vorfälle habe man sich aber entschlossen, die zu Ende dieser Woche zu erwartende Rückkehr der leitenden Mitglieder des Reichskabinettes abzuwarten und alsdann in einer sofort einzuberufenden Kabinettssitzung über den Termin der Notifizierung endgültig Beschluß zu fassen.

Da der Reichskanzler und der Außenminister zur Zeit verreist sind, so kann diese Antwort nur von dem den Deutschnationalen nahestehenden Vizekanzler Jarres verfaßt worden sein.

Der Hafen von Karlsruhe geräumt.

Berlin, 9. September. Die französischen Truppen, die das Hafengebiet von Karlsruhe bisher absperrten, werden heute abziehen. Die Kontrolle über die die Zollinie durchfahrenden Züge ist bereits gestern abends eingestellt worden. Damit ist nach mehr als 18 Monaten die Zollschranke im Hafengebiet von Karlsruhe in Fortfall gekommen.

Die Völkerbundversammlung.

Genf, 9. September. (Helv.) In der heutigen Völkerbundversammlung hielt der Ungar Graf Apponyi eine Rede, in welcher er ausführte, daß die Bestimmungen der Minderheitenverträge auch wirklich durchgeführt werden müssen. Leider besteht heute noch die formelle Vorschrift, daß die Minderheitenfragen nur auf Verlangen eines Mitgliedes des Völkerbundrates geprüft werden können. Apponyi wünscht, daß der Rat in Hinkunft Minderheitenklagen auch dann entgegennehme, wenn ihm deren Erledigung mit Rücksicht auf die im Rate vertretenen Nationen unangenehm sei. Der Rat könne seinerseits die Klagen an den ständgen internationalen Gerichtshof weiterleiten. Redner betont, daß der Vertrag von Trianon Ungarn einseitige Abrüstung auferlege, dabei sei jedoch bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages das Versprechen einer allgemeinen Abrüstung gegeben worden. Es sei daher unerträglich, daß heute noch alle anderen Nationen bis andie Zähne bewaffnet sind.

Apponyi begrüßte zum Schlusse die Vorschläge Macdonalds und Herriots und die am Samstag einmütig angenommene Resolution, durch welche die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit und eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen angenommen wurde.

Die zweite bedeutende Rede nach Apponyi war die des englischen Staatssekretärs des Innern Henderson. Er trat für ein enges Zusammenwirken zwischen den Völkerbundsorganisationen und dem internationalen Arbeitsamte ein. Er sagte unter anderem weiter: noch stünden weite Kreise der Arbeiterschaft dem Völkerbunde zögernd und skeptisch gegenüber. Wenn man sie gewinnen wolle, müsse der Völkerbund sein Friedenswerk zielbewußt ausgestalten und die großen Länder aufnehmen, die in diesen noch nicht aufgenommen seien.

Das Kompromiß in der Abrüstungsfrage.

Genf, 9. September. (Eigenbericht.) Das wahrscheinliche Ergebnis der Verhandlungen über die Abrüstungsfrage wird eine internationale Abmachung sein, die alle Rechtsstreitigkeiten dem Haager Schiedsgericht überweist. Die politischen Streitfälle sollen in Zukunft einem noch zu schaffenden Gerichtshof unterbreitet werden. Als Kompromißformel zwischen dem englischen und französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage wird die im Völkerbundpakt vorgesehene Sanktion gegen den Angreifer eine bedeutende Verschärfung erfahren. Man will damit den französischen Sonderwünschen und denen der kleinen Entente entgegenkommen, die bei solchen Garantien zu Zugeständnissen in der Abrüstungsfrage bereit sind. Die Frage bleibt allerdings offen, ob diese Lösung die extremen Richtungen einer bedingungslosen Abrüstung befriedigen wird.

24 Hinrichtungen in Georgien.

Moskau, 9. September. Die russische Telegraphen-Agentur meldet, daß das Urteil gegen die 24 Organisatoren der „Bandenüberfälle" in Georgien, darunter Mitglieder des Zentralkomitees und des Auslandsbüros der Menschiwiken vollstreckt worden sei. In einem Aufrufe des Zentralexekutivkomitees und des Rates der Volkskommissäre heißt es, daß die Beendigung des Menschiwikenaufstandes innerhalb 24 Stunden den georgischen Arbeitern und Bauern „zu verdanken" sei.

Eisenbahnunglück in Italien.

Pisa, 9. September. Der Schnellzug Genua-Rom ist mit einem aus Rom kommenden Zuge zusammengestoßen, wobei sechzehn Personen, mehrere davon ernstlich, verletzt wurden.

Der Bürgerkrieg in China.

Peking, 9. September. Die Gesandten von England, Amerika, Frankreich, Italien und Japan haben eine neue Note an das Auswärtige Amt gesendet, in der die Notwendigkeit der Errichtung einer neutralen Zone am Huang-pu-Fluß, der an dem Shanghai liegt, hervorgehoben wird.

London, 9. September. Infolge der gefährlichen Lage in den Nordbezirken Shanghais sind in Shanghai die Freiwilligen mobilisiert worden. Die zweite Armee, die 20.000 Mann umfaßt, ist am 7. September morgens von Tschanghing, 10 Meilen südlich von Tai-hu-re, in der Richtung Tsching 30 Meilen nördlich vorgerückt.

Tages-Neuigkeiten.

Minister auf Reisen.

Je kleiner ein Land ist, desto öfter will es bekanntlich von sich reden machen. Man könnte ja sonst in der Welt ganz vergessen, daß dieser oder jener Staat auch etwas in die Weltgeschichte dreinreden will. Gelegenheiten für das „von sich reden machen" gibt es schließlich genug. Sind keine Taten — oder nur wenig rühmenswerte — zu verzeichnen, so wird irgendein Minister ins Ausland geschickt. Empfänge, Paraden usw. wechseln dann ab, die Korrespondenzbureaus können ihre Daseinsberechtigung beweisen und — die Welt, auf die es ankommt, die aus jedem Sensatiönchen eine Sensation macht, hat ihren Gesprächsstoff.

Diese zur „Pflege der gegenseitigen Beziehungen" — wie es offiziell immer so schön heißt — unternommenen Ministerreisen scheinen besonders eine Herzensangelegenheit der tschechoslowakischen Regierung zu sein. Kaum kehrt einer ihrer Minister aus dem Auslande zurück, so entdeckt alsbald ein anderer die Notwendigkeit „Beziehungen" zu pflegen. Es ist, als ob der offizielle tschechoslowakische Auslandsverkehr lediglich aus gepflegten und ungepflegten „Beziehungen" bestehen würde. Das Interesse der Bevölkerung kommt, da es mit den Ministerreisen nichts zu tun hat — soweit die materielle Seite in Betracht kommt allerdings schon — erst in zweiter Linie.

Auch der Nationalverteidigungsminister Udržal hat wieder einmal die Notwendigkeit der Pflege von Beziehungen entdeckt. Sein Weg führte ihn diesmal nach Frankreich, wie folgende Preßbureaumeldung besagt:

> Straßburg, 8. September. (Havas.) Heute nachmittags ist hier Nationalverteidigungsminister Udržal eingetroffen und wurde von der Generalität der hiesigen Garnison sowie vom kommandierenden General in Metz Polgronat begrüßt. In Begleitung des Ministers befindet sich General Čeček. Sie werden heute das zweite Regiment der Verfolgungsflugzeuge besichtigen. Um 14 Uhr reiste der Minister nach Metz weiter.

Wie wird dem Nationalverteidigungsminister das Herz geblutet haben, als er durch das ehemalige deutsche Festungsgebiet fuhr. Nur spärliche Ueberreste sind dort von den Werken eines Militarismus vorhanden, der sich einst rühmte, der schlagkräftigste und bestorganisierte der Welt zu sein. Damals, unter weiland Wilhelm II. hätte Minister Udržal lernen können! So aber kann das alte Soldatenauge nur auf Trümmer niederblicken, die kaum mehr Kunde geben von einstiger Herrlichkeit. Wenn der Minister aus dieser Tatsache zu lernen versteht, so kann man ihm sogar diese höchst überflüssige Repräsentationsreise verzeihen.

Schulversäumnis und häuslicher Unterricht.

In Göding waren im Jänner 1922 eine Anzahl von Kindern aus der deutschen Volksschule ausgeschieden worden, weil sie angeblich tschechischer Nationalität sind. Herauf meldeten die Eltern beim deutschen Bezirksschulausschuß in Nikolsburg den häuslichen Unterricht in deutscher Sprache an, der diese Anzeige auch zur Kenntnis nahm. Der Landesschulrat aber hob den diesbezüglichen Erlaß auf und trug den Eltern auf, um die Bewilligung zur Erteilung des häuslichen Unterrichts an ihre Kinder beim tschechischen Bezirksschulausschuß in Göding anzusuchen.

Die Eltern leisteten dieser Aufforderung insoferne Folge, als sie jetzt die Erteilung des häuslichen Unterrichtes bei dem zuletzt genannten Bezirksschulausschuß anmeldeten. Dieser aber nahm diese Anzeige nicht zur Kenntnis und erklärte, die Eltern seien verpflichtet, um die Erteilung des häuslichen Unterrichtes ihrer Kinder anzusuchen, und bis zur Erledigung dieses Ansuchens seien sie gebunden, sie in die tschechische Schule zu schicken. Da die Eltern ihre Kinder aber gleich zu Beginn des Schuljahres 1922/23, infolge des häuslichen Unterrichtes zu Hause behalten hatten, wurden sie wegen nicht entschuldigter Schulversäumnisse zu Geld-, bezw. Arreststrafen verurteilt. Obgleich sofort innerhalb der offenen Frist die Beschwerde gegen diese Verfügung an den Landesschulrat eingebracht worden war, sind diese Strafen wegen angeblich beharrlich fortgesetzter Schulversäumnisse vom tschechischen Bezirksschulausschuß in Göding wiederholt und bis zu drei Wochen Arrest gesteigert worden. Der Landesschulrat wies leider die Beschwerde ab. Da aber die Eltern an das Oberste Verwaltungsgericht beriefen, gelang es, für die Beschwerde die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung zu erreichen. In der Beschwerde war darauf verwiesen worden, daß der häusliche Unterricht nach Paragraph 23 des Reichsvolksschulgesetzes und Paragraph 201 der Schul- und Unterrichtsordnung ein Recht der Eltern ist, daß sie einfach in Anspruch nehmen können, ohne erst darum bittlich werden zu müssen. Daher tritt die Befreiung vom Besuch der öffentlichen Schule automatisch ein, sobald den Kindern häuslicher Unterricht erteilt wird, und es könne von Schulversäumnissen überhaupt nicht die Rede sein. Der Umstand, daß der Unterricht in deutscher Sprache erteilt werde, ändere nichts an der Rechtslage, denn nach Paragraph 45 des Gesetzes vom 27. November 1905, L.-G.-Bl. 4 ex 1906 beziehe sich die lex Perek weder auf Privatschulen, noch auf den häuslichen Unterricht, so daß die Wahl der Sprache dieses Unterrichtes den Eltern freisteht, was ja seinerzeit auch der Wiener Verwaltungsgerichtshof mit dem Erkenntnisse vom 7. Juli 1914, Zahl 7368, ausdrücklich ausgesprochen hat.

Das Oberste Verwaltungsgericht in Prag schloß sich bei der am 4. d. M. stattgehabten Verhandlung dem ersten Teil der Beschwerdeausführungen vollinhaltlich an und erklärte in einer, allen Zweifel ausschließenden Weise, daß die Eltern nicht verpflichtet waren, zur Erteilung des häuslichen Unterrichtes die Bewilligung des tschechischen Bezirksschulausschusses zu erbitten, sondern daß sie zur Einführung dieses Unterrichtes ohneweiters berechtigt waren, sonach die bloße Meldung genügt und die Kinder daher nicht verpflichtet werden konnten, die tschechische Schule zu besuchen.

In die Prüfung der Streitfrage, ob der häusliche Unterricht auch an die aus der deutschen Schule ausgeschiedenen Kinder in deutscher Sprache erteilt werden könne, erklärte das Oberste Verwaltungsgericht, sich im vorliegenden Falle nicht einlassen zu können, weil die Entscheidung von vornherein ungesetzlich ist, da sie die Erteilung des häuslichen Unterrichtes von einer besonderen Bewilligung abhängig machen wollte und über die Frage der Sprache dieses Unterrichtes vom Landesschulrate nicht abgesprochen worden war.

Mit dieser Erkenntnis sind natürlich alle wider die beschwerdeführenden Eltern verhängten Strafen annulliert worden.

Die Mittelschulen im Leben des Volkes.

Ein Ausflug in die Statistik.

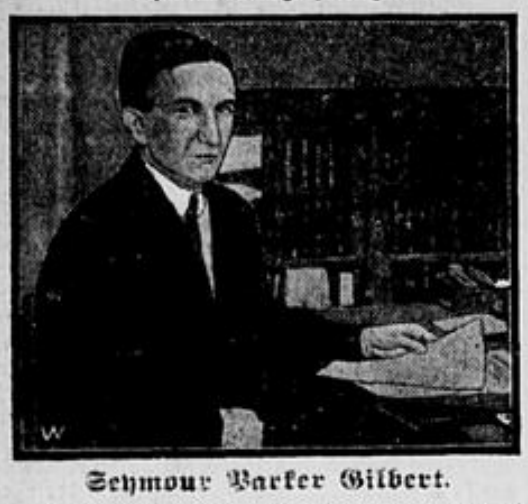
Die ersten Septemberwochen bringen, weil da nach zweimonatiger Pause die Schulen wieder ihre Tore öffnen, dem Allgemeinbewußtsein den Schulbetrieb und allerlei Schulfragen näher als sonst. Eltern, deren Kinder das zehnte Lebensjahr erreicht haben, erwägen, ob die Mittel- oder die Bürgerschule für ihre Kleinen in Betracht komme, bei den Vierzehnjährigen fragt es sich, ob ein praktischer Beruf zu ergreifen, eine Fachschule oder Lehrerbildungsanstalt zu beziehen oder das Mittelschulstudium fortzusetzen sei, kurz, bei vielen Familien stehen gerade jetzt Unterrichts- und Erziehungssorgen im Mittelpunkte des Denkens. Der Statistik wohnt gewiß nicht die Fähigkeit inne, auf derartige Fragen im einzelnen die rechte Antwort zu geben, wohl aber kann sie Auskunft darüber erteilen, wie sich die Bevölkerung im allgemeinen zu den verschiedenen Schulen gestellt und was die Staatsverwaltung unternommen hat, um den Bedürfnissen der Staatsbürger Rechnung zu tragen. Ein umfangreiches, vom statistischen Staatsamte herausgegebenes Tafelwerk: „Die Mittelschulen in der Tschechoslowakischen Republik" (in Kommission bei Bursik und Kohout, Prag) erweist sich hier nach vielen Seiten hin als ein trefflicher Führer, weil es wirklich von allen möglichen Gesichtspunkten aus das Material ordnet und erläutert. Der Umstand, daß die Darstellung mit dem Schuljahr 1920—21 endet, erklärt sich zur Genüge aus den Schwierigkeiten der Bearbeitung und fällt sachlich nicht sehr ins Gewicht, weil die Verschiebungen während der drei letzten Schuljahre keine allzugroßen waren — die Kriegsfolgen werden sich an Mittelschulen erst vom heurigen Schuljahre ab stark und schmerzlich fühlbar machen.

Das Wichtigste, was man aus einer geschichtlich geordneten Mittelschul-Statistik herauslesen kann, ist die Entwicklung der sogenannten Intelligenzberufe, denn die künftigen Beamten, Aerzte, Advokaten, Techniker, Lehrer, Schriftsteller, Wissenschaftler usw. gehen und gingen größtenteils aus den höheren Lehranstalten hervor. Ja, man kann, wenn man will, den Ausbau des Mittelschulwesens als einen Gradmesser des Aufstieges des Bürgertums auffassen und aus ihm erkennen, wie sich der Bürger allmählig aus den Banden des Feudalismus und der kirchlichen Bevormundung befreit, wie er sich zu einem immer schärfer betonten Nationalbewußtsein durchgearbeitet und sich, je später desto mehr, unter Beiseiteschiebung des Rein-Geistigen dem Industrialismus in die Arme geworfen hat. Bis zum Jahre 1735 lag in Oesterreich der höhere Unterricht ganz in der Hand der Geistlichen und die Piaristen und Jesuiten benützten ihn dazu, sich gefügige Werkzeuge heranzuziehen, bezeichnenderweise unter fast ausschließlicher Benützung der lateinischen Sprache. Das Bürgertum war eben wegen der ökonomischen Rückständigkeit der „k. u. k. Erblande" noch so wenig zum Bewußtsein seiner selbst erwacht, daß seine, der Zahl nach unbedeutenden Vertreter noch keinerlei nationales Selbstgefühl besaßen. Das zweite Drittel des achtzehnten Jahrhunderts brachte hier mit dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung einen bedeutenden Wandel: Die „Aufklärung" zog in den höheren Schulbetrieb ein, er wurde, den zentralistischen Tendenzen des Absolutismus entsprechend, von Josef II. auf die deutsche Unterrichtssprache gestellt und der Alleinherrschaft der Kirche entzogen. Gleichzeitig nahm aber auch die Mittelschule den Charakter einer Privilegiertenanstalt an, indem eine große Zahl Latein- in Haupt- (Volks-) Schulen verwandelt wurde, um die kleinbürgerliche und die Bauernjugend vom Studium abzuhalten. Wie dünngesät damals die Intelligenz war, geht aus der geringen Zahl der Gymnasien hervor, gab es doch im Jahre 1796—97 in Böhmen, Mähren und Schlesien nur 25 fünfklassige Gymnasien mit 4287 Schülern, rund tausend Einwohner stellten einen einzigen Gymnasiasten. Bis zum Jahre 1827 stieg die Zahl der Gymnasien, die inzwischen um eine sechste Klasse erweitert und an ganz wenigen Orten mit zwei „philosophischen" Abschlußklassen versehen worden waren, auf 37 und die der Schüler auf 9286, seit 1833 gingen vier Anstalten wieder ein, Schüler gab es im Jahre 1847 insgesamt 9602. Dieser Stillstand hängt mit der planvollen Unterdrückung des Bürgertums durch Franz II. und Metternich zusammen, worauf auch strenge Klassifikationsvorschriften und die minderwertige Ausbildung der Lehrerschaft hinweisen, dem aufstrebenden tschechischen Kleinbürger und Bauer wurde überhaupt keine Mittelschule errichtet. Gleichwohl setzte sich der Zug der Zeit zur Industrie allen Widerständen zu Trotz auch im Unterrichtsbetriebe durch, die Dreißigerjahre sahen die ersten drei Realschulen in Böhmen mit freilich nur über hundert Schülern.

Die bürgerliche Revolution des Jahres 1848 machte in der Entwicklung des höheren Schulwesens Epoche und brachte zugleich den Erweis, daß die Mittelschule, wenn sie schon nicht ganz aus Bourgeoiskreisen genährt wird, doch den Bourgeois züchte. Vielerlei Symptome bezeugen das: einmal die straffe Organisierung der Anstalten, ihre Unterstellung unter staatliche Oberaufsicht und die Regelung der Lehrerbildung, die alle dem ordnenden Geist des Bürgertums entsprechen; besonders aber erzählen davon der Drang zum praktisch-Auswertbaren, der sich im Siegeszug der Realschulen und der naturwissenschaftlichen Fächer kundtut, und die Ausgestaltung der Mittelschulen zur stärksten Waffe des bürgerlich-nationalen Kampfes. Die Lateinschule, vor 1848 unumschränkter Herr, steht heute bereits in hoffnungsloser Defensive, die geplante Schulreform will ihr kaum hier und dort noch eine Anstalt oder einige Klassen zugestehen. Wie sehr das den Tendenzen der Bevölkerung entspricht, ergibt sich daraus, daß im Jahre 1864 in Böhmen, Mähren und Schlesien 12.201 Gymnasiasten bloß 6088 Realschüler gegenüberstanden, 1921 hingegen zählten die Gymnasien und Realgymnasien — also schon stark ins Realistische verschobene Lateinschulen — zusammen 40.095, die reinen Realschulen aber 28.325 Schüler. Während also dort die Zunahme 330, betrug sie hier 466 Prozent. Zwischen 1910 und 1921 freilich blieb das Wachstum der Realschulen hinter dem der Gymnasien und Realgymnasien beträchtlich zurück, doch muß dabei berücksichtigt werden, daß die Realgymnasien verschiedener Art mehr denn doppelt so viel Schüler (27.788) als die reinen Gymnasien (12.307) aufweisen. Diesen gemischten Typen scheint demnach, soweit man der Statistik trauen darf, die Zukunft zu gehören. Wenn, auf die nationale Gliederung hin angesehen, der realistische Zug bei den Tschechen etwas stärker ist als bei den Deutschen, so beleuchtet das ebenfalls die wirtschaftlichen Verhältnisse recht gut: im alten Oesterreich hatten die Deutschen die Führung der Industrie inne, die Entwicklung vor und nach dem Umsturz läßt die Tschechen hier vordringen und deshalb Realschulen und Realgymnasien bevorzugen. Es sollte uns wunder nehmen, wenn das Bedürfnis nach einer tschechischen Bürokratie nicht bald den tschechischen Gymnasien etwas neuen Wind in die Segel brächte.

Wie sehr die Mittelschule Maß und Werkzeug des bürgerlich-nationalen Aufstieges ist, lehrt die kurze Erwägung, daß es im Jahre 1851 insgesamt eine tschechische und sieben tschechisch-deutsche Mittelschulen gab. Jeder innerstaatliche Konflikt wirkte sich merkbar in der Zahl der Mittelschulen aus, sie wurden Kampfobjekt und Siegesprämien und seit der Organisierung des tschechischen Bürgertums in der alt- und dann in der jungtschechischen Partei wuchs ihre Menge stetig. Heute gibt es in der Republik 238 tschechische und slowakische Mittelschulen mit 1908 Klassen und 63.386 Schülern. Die entsprechenden Zahlen bei den Deutschen sind 115; 868; 24.607; bei den Magyaren 7; 125; 5576; bei den Ruthenen 7; 39; 702 und bei den Polen 1; 11; 515. Am besten schneiden dabei die Tschechen in Böhmen ab, an sie reihen sich die Polen, Magyaren, Deutschen und Tschechen der Republik: Es kommt nämlich im Durchschnitt je ein Mittelschüler auf 118 tschechische und 167 deutsche Einwohner Böhmens; zieht man die ganze Republik in Betracht, so stellen je einen Mittelschüler 128

Der Generalagent für die Reparationszahlungen.



Seymour Parker Gilbert.

Die Reparationskommission hat den amerikanischen Juristen Seymour Parker Gilbert zum Generalagenten für die Reparationszahlungen ernannt. Seymour Parker Gilbert hat im Schatzministerium der Vereinigten Staaten eine erfolgreiche Tätigkeit und rasche Karriere hinter sich. Er hat im Schatzamt unter Mac Adoo gearbeitet, blieb auch in dieser Behörde unter Mellon und wurde dessen Unterstaatssekretär. Gilbert hat damals erklärt, daß Deutschland die Summen des Londoner Ultimatums nicht zahlen könne.

Amnestie für Vergehen gegen das Radiogesetz.

Der Präsident der Republik hat mit Entschließung vom 2. September 1924 angeordnet, daß das Strafverfahren gegen tschechoslowakische Staatsbürger wegen Vergehen nach § 18 des Gesetzes vom 23. März 1923 und nach § 24 des Gesetzes vom 20. Dezember 1923 nicht eröffnet, bezw. auf Ersuchen der betroffenen Partei eingestellt werden soll. Die wegen dieser Delikte bereits verhängten Strafen werden ebenfalls nachgesehen und die Strafolgen getilgt. Es handelt sich bei dieser Amnestie um das Gesetz, mit welchem die Erzeugung, der Verkauf und die Haltung von radiotelegraphischen und radiotelephonischen Einrichtungen sowie ihre Einfuhr aus dem Auslande geregelt wird. Von der Amnestie sind ausgenommen das Vergehen verbotener Erzeugung oder des Verkaufes solcher Einrichtungen sowie Vergehen, die im Zusammenhang mit einer anderen strafbaren Tat begangen wurden.

Unsere Radiogesetzgebung schränkt bekanntlich im Gegensatz zu vielen anderen Staaten, in denen die Ausbreitung des Radioverkehres nach Kräften gefördert wird, die Betätigung von nicht ganz „zuverlässigen" Personen auf diesem Gebiete stark ein und hat ein viel bekämpftes Fabrikationsmonopol für bestimmte inländische Firmen geschaffen. Die Amnestie wird hoffentlich der erste Schritt sein, um diese rückständigen Beschränkungen aufzuheben und den Radioverkehr auch bei uns unbehindert durch bureaukratische Vorschriften modern auszugestalten.

Die Parteigenossen derer um Jung, Knirsch und Krebs. Der Heerbann der Völkischen lichtet sich seit letzter Zeit bedenklich. Den Anhängern graut es bereits vor den „hohen Zielen" und den diesen Zielen angepaßten Mitteln der nationalsozialistischen „Arbeiter"partei. Hier — aus der Mannheimer „Volksstimme" — das Schreiben eines Fahnenflüchtigen der Betrogenen:

Mannheim, im August 1924.

An die Leitung der Unabhängigen nationalsozialistischen deutschen Arbeiterbewegung, hier, Geschäftsstelle D 2, 2.

Mit heutigem Tage habe ich mich entschlossen, mich von der Leitung der Unabhängigen nationalsozialistischen Partei Deutschlands zurückzuziehen und erwarte ich bestimmt Ihre Zustimmung. Meines Treueides wollen Sie mich entbinden. Mein Vertrauen zur derzeitigen völkischen Bewegung ist vernichtet. Sie stellt zurzeit nur einen Sammelplatz elender käuflicher Kreaturen, Egoisten, Denunzianten und dunkler Existenzen dar, die nach dem Motto handeln: „Nicht für Deutschland, nur für mich."

(Unterschrift.)

Es kann jedermann überzeugt sein, daß der Duxer „Tag" dieses Schreiben nicht abdrucken wird. Er müßte es sonst sinngemäß ergänzen. Etwa durch folgenden Notiztitel: Deutschlands Erneuerer.

Das Tetschner Unternehmerblatt und der Berliner „Nacktanz"-Schwindel. Vor einigen Wochen wurde von deutschnationalen Zeitungen gegen die Berliner Schulverwaltung eine heftige Agitation betrieben, weil in einer Gemeindeschule angeblich „Nacktänze" von Schulkindern unter Leitung eines Lehrers aufgeführt wurden. Daß in dem Chor der Angreifer das „Nordböhmische Tagblatt" nicht fehlte, versteht jeder, der die Schreibweise dieses Fabrikantenblattes kennt. Die Berliner Nacktänze mußten sogar noch in dem Schandartikel des Tagblattes über das Karlsbader Arbeiterturnerfest herhalten, um die Körperkulturbewegung der Arbeiterschaft zu verhöhnen. Nun hat das Provinzialschulkollegium das eingeleitete Disziplinarverfahren abgeschlossen und es endete mit einem Verweis für den Lehrer Koch und seinen Rektor Buchholz und einer Warnung für die Lehrerin Bruno. Die „Vossische Zeitung" berichtet darüber:

„Die Verhandlung vor der Behörde zeigte ein völlig anderes Bild als das von den Anklägern gegebene. Es sind zwei völlig voneinander getrennte Tätigkeiten Kochs zu unterscheiden: die eine hängt mit der Schule zusammen, die andere wurde außerhalb der Schule ausgeübt. Er vereinte in einem Kursus Schüler und Schülerinnen in schulpflichtigem Alter, also vor der Pubertät, er selber nahm zunächst Gymnastikstunden bei einer Frau Hermann, die als außerordentlich zuverlässig bekannt ist. Sie bewies dies auch dadurch, daß sie ungeeignete Elemente aus ihren Kursen ausschloß. Dort wurde nun nach einem sehr strengen System unter starker körperlicher Anstrengung nackt geturnt. Dann setzte sich Koch mit einem Arzt Dr. Graatz in Verbindung, tauschte mit diesem seine Ideen aus und bildete nun den Kursus.

Es ist festgestellt, daß er von hygienischen Maßnahmen, namentlich solchen zur Erzielung zur Reinlichkeit des Körpers ausgehend, ganz langsam zur Körperkultur gelangte. Die Kinder turnten zunächst, und zwar die Jungen allein mit einer Badehose bekleidet. In den Ferien fanden sie sich in einem Standquartier in der Provinz zum Teil mit den Eltern zusammen, die durchaus mit diesen Uebungen einverstanden waren, und hier kam man, in Licht und Luft Gymnastik treibend, ganz von selber zum gemeinsamen Baden der Geschlechter. Nach den Sommerferien wurde dann in dieser Weise in einem Zimmer der Schule weiter Gymnastik getrieben; zweimal für die beiden Geschlechter zusammen. Da darauf das Heiz- und Lichtverbot der Stadt Berlin sich hindernd in den Weg stellte, ging dann Koch mit seinen Kindern in die Häuser der Eltern. Frl. Bruno hat zweimal, und zwar einmal mit bekleideten Knaben und das andere Mal mit unbekleideten Mädchen, gymnastische Uebungen veranstaltet. Die Tätigkeit Kochs außerhalb der Schule in seiner Wandervogelgruppe wurde selbst von der Behörde nicht in den Bereich der Untersuchung gezogen."

Die Hetze gegen die „Nacktänze" wird mit diesem Urteil ihr Ende gefunden haben und den verleumderischen Angriffen ist jede Grundlage entzogen. Eine Zeit konnte doch in der infamsten Weise gehetzt werden und damit war der erstrebte Zweck ja erreicht. Daß das „Nordböhmische Tagblatt" eine Richtigstellung vornehmen wird, ist bei seiner „vornehmen Art" nicht zu erwarten.

Mieterschutztagung in Teplitz-Schönau. Am Sonntag fand in Teplitz-Schönau (im Hotel Sachsen) eine Tagung der Mieterschutzvereine mit deutscher Geschäftssprache in der Tschechoslowakischen Republik statt. Erschienen waren die Vertreter aus Asch, Eger, Franzensbad, Marienbad, Karlsbad, Saaz, Teplitz-Schönau, Settenz, Bodenbach-Tetschen, Aussig, Jägerndorf und Brünn. Ueber Antrag Dr. Klein (Teplitz) wurde einhellig eine freie Interessengemeinschaft der Mieterschutzvereine mit deutscher Geschäftssprache in der Tschechoslowakischen Republik beschlossen und ein Exekutivkomitee eingesetzt, welches die notwendigen Arbeiten durchzuführen hat. Dr. Krivaček (Brünn) erläuterte hierauf eingehend die Notwendigkeit des in Prag begründeten Reichsverbandes der Mieterschutzvereine, der bereits tausende organisierte Mitglieder umfasse. Es konnte festgestellt werden, daß bereits ein großer Teil der an der Tagung teilnehmenden Vereine den Beitritt zum Reichsverband beschlossen hat. Die übrigen Vertreter waren einstimmig der Ansicht, daß der Beitritt unbedingt zu empfehlen sei. Das Exekutivkomitee, welches die Geschäfte von Teplitz-Schönau aus leitet, hat die Aufgabe, die Interessengemeinschaft auf alle Mietervereinigungen mit deutscher Geschäftssprache zu erweitern und insbesondere mit dem Mieterschutzverband in Reichenberg in engste Fühlung zu treten.

Blutiges Familiendrama in Prag-Weinberge. In der Charvatgasse in Prag-Weinberge erschoß Montag um 5 Uhr nachmittags der 32 Jahre alte Maurer Rajmund Thöndel seine Gattin und sein drei Jahre altes Kind. Hierauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und verletzte sich schwer. Die Gattin Thöndels war auf der Stelle tot, das Kind starb während des Transportes ins Krankenhaus. Der schwerverletzte Thöndel wurde ins Spital überführt und gab beim Verhöre an, daß er die Tat im Einverständnis mit seiner Frau begangen habe.

Das Gespenst. Die Bewohner der Prager Tischlergasse wurden in der letzten Zeit fast täglich durch ein „Gespenst" erschreckt, das in den Abendstunden auf dem Dache des dreistöckigen Eckhauses Tischlergasse-Revolutionsstraße ruhig spazieren ging. Einige Male wurde die Polizeiwache gerufen und als diese das Dach erklomm, war das Gespenst verschwunden. Erst Sonntag abends gelang es durch ein auf dem Dache aufgefundenes Kleidungsstück den Geist, der so viel Aufsehen gemacht hatte, ausfindig zu machen. Das 17 Jahre alte Dienstmädchen Beatrix Smetana, die in demselben Hause wohnte, hatte sich täglich das Vergnügen gemacht, in den Abendstunden auf dem Dache spazieren zu gehen. Sie gab zu, beim Erscheinen der Wache stets verschwunden zu sein und sich unter die aufgeregte Menge gemischt zu haben. Die Polizei beschäftigt sich augenblicklich mit den Motiven, die das Mädchen zu ihren gefährlichen Spaziergängen geführt haben.

Ehemalige Kriegsteilnehmer für den Frieden. Am nächsten Montag wird in Zentralhall, wie aus London gemeldet wird, der Kongreß der internationalen Föderation ehemaliger Kriegsteilnehmer „Fidaw" eröffnet werden, welche fünf Millionen Mitglieder umfaßt. Unter den Entschließungen, die zur Behandlung kommen, befindet sich eine von französischer Seite, welche vorschlägt, daß mit den Kriegsteilnehmern vormals feindlicher Staaten eine Verbindung aufgenommen werde, und eine Entschließung der britischen Mission, welche vorschlägt, daß mit den Kriegsteilnehmern vormals feindlicher Staaten eine Verbindung aufgenommen werde, und eine Entschließung der britischen Mission, welche die Bildung einer internationalen Organisation von Kriegerwitwen vorschlägt. General Sir James Hamilton legte in einer Rede im Klub der britischen Mission die Ziele des Kongresses dar und sagte u. a.: In Genf bemühe man sich, den Krieg mit Rosabändern zu fesseln. Wir gehören zu den mächtigsten Organisationen der ganzen Erde. Laßt uns diese Macht gebrauchen, darauf zu bestehen, darauf zu bestehen, daß Amerik eins ist und daß der Amerikaner nicht mit dem Amerikaner kämpfen darf und daß der Europäer eins ist und daß der Europäer nicht mit dem Europäer kämpfen darf. Oberstleutnant Crosßfield, der Vizevorsitzende der britischen Mission, sagte: Die vormaligen Kämpfer wurden in diesem Jahre mobil gemacht, um für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen.

Polizei gegen Kommunisten. In Greiz ist es Sonntag zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei gekommen. Es hatte sich gegen 600 Kommunisten aus ganz Thüringen und der Provinz Sachsen eingefunden, nachdem am Tage vorher durch Plakate zur Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklassen aufgerufen worden war. Da sich die Kommunisten trotz wiederholten Einschreitens der Polizei immer wieder zusammenrotteten, wurde die Landespolizei herbeigerufen. Zahlreiche Kommunisten wurden verwundet und eine Anzahl von Verhaftungen vorgenommen.

Verhaftung des Chefredakteurs der Berliner „Rothen Fahne", Fritz Apelt, ist Sonntag abends auf Grund eines Haftbefehles des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik wegen seit April d. J. wiederholter Aufforderungen zum Hochverrat und zum Sturze der Republik, verhaftet worden.

Revolverschüsse vor der Festnahme. Als der Dortmunder Kommunistenführer Kirch Samstag abends verhaftet werden sollte, schoß er aus zwei Pistolen auf die ihn verfolgenden Schutzleute Schußlunge wurden durch Schüsse verletzt, eine Schußlunge wurden der Schüsse verletzt, eine Frau durch einen Schuß in den Leib sofort getötet. Die Verfolgung Kirchs, der sich auf ein Fahrrad geschwungen hatte, wurde mittels Automobil fortgesetzt und Kirch schließlich verhaftet.

Das gerichtliche Nachspiel einer Zugskatastrophe. Im Prozeß des Zugszusammenstoßes auf dem Potsdamer Bahnhof verurteilte das Schöffengericht Schöneberg den Eisenbahnsekretär Krüger wegen fahrlässiger Tötung, Körperverletzung im Amte und Transportgefährdung zu vier Monaten Gefängnis. Der Lokomotivführer Sauer wurde freigesprochen. Das Gericht beschloß, dem Angeklagten Krüger unter Abstandnahme einer Geldbuße eine dreijährige Bewährungsfrist zuzubilligen.

Ein verunglücktes Feuerwehrauto. Ein Lastenautomobil, das in Clermont-Ferrand Feuerwehrleute zu einem Feste befördern sollte, ist umgestürzt, wobei drei Personen getötet und etwa 20 verletzt wurden.

Neue Waffenfunde in Ungarn. Die interalliierte Kontrollkommission deckte am Samstag in dem Gebäude der Besserungsanstalt in Csegled wieder ein reiches Waffenlager auf. Die Nachsuchung kam unerwartet und der Kommission wurde absichtlich von den magyarischen Aemtern ihre Aufgabe erschwert, um für die Unterbindung der Durchsuchung Zeit zu gewinnen. Es wurde sogar auf das Auto, in welchem sich die Kommission befand, geschossen und der Chauffeur leicht verwundet. Trotzdem wurde die Untersuchung durchgeführt und festgestellt, daß in dem Gebäude der Besserungsanstalt Waffen und Ausrüstungsmaterial für beinahe ein ganzes Infanterieregiment vorhanden waren.

Der amerikanische Flug um die Welt beendet. Die amerikanischen Flieger erschienen, wie gemeldet wird, Montag kurz nach 3 Uhr über New York und landeten nach einigen Rundflügen um die Stadt auf dem Michell-Feld in Long-Island. 15.000 Zuschauer bereiteten ihnen einen begeisterten Empfang. Die von den Fliegern zurückgelegte Strecke beträgt nahezu 37.000 Meilen.

Zwei Städte an den Meistbietenden zu verkaufen. Gretna und East-Rigg sind zwei Städte in Schottland, die während des Krieges entstanden sind, als die Munitionsindustrie aufblühte und aus ganz England Arbeiter an sich zog. Damals entstanden die beiden Niederlassungen, die 30.000 Einwohner faßten. Saubere, gerade Straßen, mehrere Theater, Kinos, komfortable Hotels, eine Feuerwehrkaserne mit allem Zubehör, zwei große, gedeckte Markthallen wuchsen hier aus dem Boden. Als mit dem Friedensschluß die Munitionsindustrie ihre Betriebe stillegen mußte, wanderten die Bewohner von Gretna und East-Rigg wieder weiter, und die beiden Arbeiterstädte blieben leer und verlassen zurück. Die englische Regierung hält nunmehr den Augenblick für gekommen, diese Wertobjekte zu veräußern, und sie hat eine Ankündigung erlassen, daß Gretna und East-Rigg durch Meistgebot zu erwerben sind. Die Versteigerung findet demnächst statt. Man darf gespannt sein, wieviel Käufer sich zu dieser seltsamen Auktion einfinden werden.

Furchtbares Sturmwetter auf der japanischen Insel Formosa. Durch eine Sturmwetterkatastrophe auf Formosa wurden 30 Personen getötet und 342 verwundet. Ueber 3000 Häuser sind zerstört.

Warnung vor gefälschten italienischen Rententitres. In der Fabrik für Wertpapiere in Turin wurde festgestellt, daß eine gewisse Anzahl von Blättern feinkörniges Papier abhanden gekommen ist. Diese Blätter sind Druckreste der italienischen dreieinhalbprozentigen Rente, welche auf den Besitzer lauten und für diese Titres gebraucht werden können. Um einen eventuellen Mißbrauch dieser Blätter zum Nachteile der Bevölkerung hinauszuhalten, hat das Finanzministerium angeordnet, daß die Titres der dreieinhalbprozentigen italienischen Renten von den Interessenten in Italien den Schatzvertretern und im Ausland den Schatzkarrespondenten vorgelegt werden, wo sie einer Vorkautionsprodezur allgemeiner Art unterzogen werden. Die Vorlage kann sofort beginnen.

80.000 Goldmark herausgelockt. An der Bayrischen Warenverwertungs-A.-G. für landwirtschaftliche Genossenschaften in München wurde von zwei Männern ein Riesenbetrug verübt. Die beiden Schwindler, die sich van Hedden und van Bergen nennen, lockten auf Grund gefälschter Frachtbriefduplikate über holländisches Mehl der erwähnten Firma 80.000 Goldmark heraus und ergriffen dann die Flucht. Die beiden tauchten dann in Salzburg auf und auf Grund einer von der Münchener Polizei erlassenen Kurrende nahmen die österreichischen Behörden die Verfolgung der beiden Schwindler auf. Es ist nicht ausgeschlossen, daß van Bergen und van Hedden ein und dieselbe Person ist. Auf die Ergreifung des Betrügers wurden fünf Millionen österr. Kronen und fünf Prozent der unterschlagenen Summe ausgesetzt.

Polen, 130 Magyaren, 138 Deutsche, 140 „Tschechoslowaken" (man beachte den Namen! Die höhere Durchschnittszahl ergibt sich aus der Einbeziehung der mit höheren Mittelschulen nicht verwöhnten Slowaken!) und 674 Ruthenen. Diese letzte Ziffer genügt, zu erweisen, welches Stiefkind Karpathorußland ist und wie tief dieses Land noch in der frühkapitalistischen Kultur steckt.

Das Verhältnis zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Zahl der höheren Schulen wird durch die Tatsache illustriert, daß in der Tschechoslowakei eine Anstalt auf 381.4 Quadratkilometer oder auf 36.066 Einwohner entfiel und einen Durchschnittsbesuch von 258 Kindern aufwies, so daß je 143 Einwohner einen Schüler stellten. Leider bleibt wieder Karpathorußland hinter diesen allgemeinen Zahlen furchtbar zurück, insofern hier erst 2.106,5 Quadratkilometer und 99.645 Einwohner eine Mittelschule besitzen; in der Slowakei sind die entsprechenden Ziffern 829.4 Quadratkilometer und 50.145 Menschen, am günstigsten ist Mähren mit 237.2 Quadratkilometer und 27.834 Einwohnern daran. Wie gering aber trotzdem die Menge jener jungen Leute ist, die der höheren Bildung vorläufig teilhaftig werden, geht daraus hervor, daß es derzeit 1,713.804 Knaben und 1,727.158 Mädchen zwischen zehn und einundzwanzig Jahren gibt und daß von diesen bloß 73.173 männliche und 21.613 weibliche Jugendliche eine Mittelschule besuchen, also nur jedes sechsunddreißigste Kind und gar nur jedes achtzigste Mädchen.

Damit sind wir bei der wichtigen Frage angelangt, welche Rolle im sozialen Organismus derzeit die Mittelschule spielt, aus welchen Elternkreisen sich ihre Zöglinge zusammensetzen. Die Großbourgeoisie der Industrie und des Ackerbaues stellte von den rund 95.000 Kindern 4281, aus dem Handels- und Gewerbestand, zu welchem die Statistik leider auch die Großfinanz hinzurechnet, kommen 20.276, von mittleren Landwirten stammen 7003, von Hausbesitzern und Privatiers 2570. Wenn wir von den Kindern des Handels- und Gewerbestandes rund 10.000 den „kleinen Leuten" zurechnen, so kommen aus den wohlhabenden Schichten 24.000, das ist der vierte Teil aller Mittelschulen. Unter den Mittelständlern stellen die landwirtschaftlichen Beamten 1473, die Industriebeamten 4049, die Beamten in Handel und Gewerbe 2743, die höheren öffentlichen Angestellten 23.397, die freien Berufe (Aerzte, Advokaten u. dgl.) 3634 Kinder, was mit den 10.000 Kleingewerblern die Summe von 45.396 oder fast die Hälfte aller Mittelschüler ergibt. Nur das letzte Viertel also verteilt sich auf die ausgesprochen proletarischen Schichten mit 4440 Kindern von Kleinbauern und Häuslern, 1128 von landwirtschaftlichen, 6324 von industriellen Arbeitern, 1595 von kleinen Handels-, 7700 von kleinen öffentlichen und 1738 von diversen anderen Angestellten, die Aermsten der Armen, die Waisenkinder aus öffentlicher Wohlfahrtspflege, stellen 147 Schüler. Die große Masse der Bevölkerung ist also insgesamt mit 23.072 Knaben und Mädchen an der Mittelschule beteiligt. Die Ziffern sprechen für sich selbst und sind die erschütterndste Anklage gegen das bisherige Schulsystem. Das Bürgertum, der geistige Vater der modernen Schule, hat es weder verstanden noch beabsichtigt, sie zum Instrument der Bildung und der allgemeinen geistigen Förderung auszugestalten, es hat nur jedes sechsunddreißigste Kind zu den Quellen reicheren Wissens herangeführt, hat von der eigentlich schaffenden, werktätigen Bevölkerung nur einen lächerlichen Bruchteil zur Mittelschule zugelassen und diese selbst zur Beamtenzuchtanstalt, zum Tummelplatz der kleinen Zwecke, des kurzsichtigsten Utilitarismus erniedrigt. „Mittel- und Bürgerschulreform" wird es in den nächsten Monaten und Jahren heißen. Die Statistik des Staatsamtes zeigt, wo diese Reform anzusetzen hätte und wegen des Widerstandes des Bürgertums nicht ansetzen wird: weniger bei der Organisation, bei Stundenplänen und Lehrstoffen, als bei dem Fundament unseres Schulwesens. Die Zweck- und Drillschule müßte aufhören, die Bildungsschule emporsteigen! Dann würde es nicht mehr geschehen können, daß von dreieinviertel Millionen Proletarierkindern bloß ein Viertelhunderttausend die höheren Schulen besucht.

K.

Tödliches Fliegerunglück. Bei den am Sonntag in Liegnitz (Preuß. Schlesien) stattgefundenen Schauflügen ereignete sich ein Unglück, bei dem ein Pilot ums Leben kam. Der Flugzeugführer Gnaedig führte Kunstflüge aus, kam aber dabei in geringer Höhe über dem Erdboden. Da er die Maschine nicht rechtzeitig wieder ins Gleichgewicht bringen konnte, geriet der Apparat auf den Erdboden, wobei der Benzinbehälter explodierte. Das Flugzeug verbrannte vollständig und Gnaedig konnte nur mehr als verkohlte Leiche aus den Trümmern hervorgezogen werden.

Einer, der nichts zu tun hat. Der indische Maharadscha Joginor Sen of Mandi, der sich in Begleitung seiner zwei Sekretäre und eines englischen Majors auf einer Europareise befindet, ist gestern abends in Budapest eingetroffen. Seine Reise, die einen privaten Charakter trägt, wird von Budapest über Bukarest nach Indien führen.

Eine Ganskomödie. Zu Pfingsten war einer Frau in Holzen bei Schwerte eine junge Gans gestohlen worden. Trotz aller Nachforschungen war die Gans nirgends zu finden. Ein Vierteljahr später beschuldigte die Frau einen Arbeiter, er habe die Gans gestohlen. Sie habe die Gans auf der Schwerter Heide mitten in der Gänseherde des Arbeiters entdeckt. Der Arbeiter hatte sich deshalb vor dem Hagener Schöffengericht zu verantworten. Auf die Frage des Richters, worauf sie ihren Verdacht gründe, erwiderte sie, sie habe während eines Spazierganges in der Schwerter Heide die Gans sofort an der Gestalt und den Bewegungen wiedererkannt. Auch die Gans habe sie sofort wiedererkannt und sei hocherfreut auf sie zugelaufen. „Ja, wenn die Gans sprechen könnte," meinte der Richter, „und uns bestätigen würde, daß sie Sie tatsächlich wiedererkannt hat, dann wäre die Sache etwas anderes; so aber ist kein Beweis dafür erbracht, daß der Arbeiter der Dieb war." Das Gericht erkannte auf Freisprechung und übernahm die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse.

Scharfrichterschicksal. Es ist noch nicht lange her, daß ein Vertreter dieses aufreibenden Handwerks in Deutschland seinem Leben freiwillig ein Ende machte — nun scheint auch ein englischer Henker unter dem Zwang zunehmenden Gemütsdruckes Hand an sich gelegt zu haben: man fand den früheren Scharfrichter Ellir mit einer tiefen Wunde in der Kinnlade. Er übte seinen Beruf 28 Jahre lang aus und soll an 200 Hinrichtungen beteiligt gewesen sein. Doch gab er ihn schließlich auf, um ein anderes Gewerbe zu ergreifen. Es ist ihm aber nie gelungen, die Eindrücke seiner Henkerslaufbahn zu bannen. Das Amt eines englischen Henkers ist ähnlich dem eines Henkers bei uns. Man gebraucht den „drop", d. h. nominell wird der Verurteilte gehängt, in Wirklichkeit aber bricht er das Genick durch einen plötzlichen Fall, nachdem ihm der Henker den Strick umgelegt hat. Die Tiefe dieses Falles muß der betreffende Henker abschätzen, und er tut dies gewöhnlich, indem er den Verurteilten durch eine Glasöffnung in der Zelle kurz vor seinem Ende beobachtet. Danach trifft er seine Vorbereitungen. Es ist klar, daß der geheime Lauscher aus der Zelle des Todgeweihten manchmal Eindrücke mit sich nimmt, die sich nicht leicht verwischen lassen. Aus den Memoiren eines englischen Scharfrichters entnehmen wir eine solche Szene. Er beschreibt die Zelle, den Mörder, der ruhelos auf und abschreitet. Plötzlich schlägt die Glocke von einem nahen Turme Mitternacht. Der Verurteilte bleibt stehen, lauscht den Schlägen. Dann zählt er an den Fingern die ihm noch gegönnten Stunden. Er zählt bis acht . . .

Amerikanische Wahlbeteiligung. In den Vereinigten Staaten scheint die Partei der Nichtwähler die größte der Parteien auszumachen. Bei der letzten Präsidentschaftswahl, der von 1200, haben von 54,420.000 stimmberechtigten amerikanischen Bürgern eingeborenen und naturalisierten, nur 26,674.000, also kaum 50 Prozent, von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Der Prozentsatz der Nichtwähler hat sich in dieser ältesten der bestehenden Demokratien in den letzten Jahrzehnten immer mehr verstärkt; betrug 1896 die Wahlbeteiligung noch 80 Proz., so ging sie 1900 auf 73 Proz., 1908 auf 66 Proz., 1912 auf 62 Proz. und 1920, wie schon bemerkt, auf kaum 50 Proz. zurück. Die eingeborenen Amerikaner scheinen dabei die schlechtesten Wähler zu sein; gab es doch 1920 gegen 21 Millionen in den Vereinigten Staaten geborene Amerikaner mehr, als Stimmen bei der Präsidentschaftswahl damals abgegeben worden sind. Dieser Wahlträgheit abzuhelfen, ist jetzt eine überparteiliche Organisation für die Mobilisierung der Nichtwähler ins Leben gerufen.

Wetterübersicht vom 9. September. Der Vorübergang eines flachen Ausläufers der nordwestlichen Depression war Montag in der Westhälfte der Republik von einer vorübergehenden Bewölkungszunahme begleitet. Nachmittags und nachts ging ein leichter Regenschauer nieder. Die Temperaturen stehen überall über dem Normalwert. Der Kern der nördlichen Depression wandert nach Skandinavien. An seiner Südseite bildet sich ein neuer Ausläufer, mit dessen Vorbeizug zu rechnen ist. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselnd bis vorwiegend bewölkt, Neigung zu Gewittern, später kühler bei Westwind.

Die Reform des Prager Straßenbahnverkehrs.

In kürzester Zeit wird, wie wir bereits gemeldet haben, auf der Prager Straßenbahn eine gründliche Reform durchgeführt werden. Besonders die Abkürzung der Intervalle im Verkehr der einzelnen Linien soll in Zeiten größerer Frequenz auf fast allen Strecken energisch betrieben werden. An neuen Fahrordnungen werden gemeldet:

Die 1er-Linie wird an ihrem Dejvitzer Ende aus der Badenistraße in die Belcredistraße weiter geführt, verläuft von da parallel mit der 11er zum Pulvertum, von da parallel mit der 7er bis zur Flora, der bisherigen Endstation. Von da bleibt die alte Linie wie bisher erhalten, so daß die 2er nunmehr eine Rundlinie darstellen wird.

Die 7er-Linie wird an ihrem Zizkover Ende etwas gekürzt, fährt ferner nicht mehr durch die Hibernergasse, sondern biegt bei der Staatsbahndirektion zum Wilsonbahnhof ab und schließt am unteren Wenzelsplatz an ihre alte Führung zum Nationaltheater und auf die Kleinseite an.

Die 10er-Linie fährt vom Vohokelec über Klarov (parallel mit der 1er), über Kleinseite, Karmelitergasse, Nationalstraße, Wenzelsplatz zum Krematorium.

Die 13er-Linie fährt nicht mehr beim Wilsonbahnhof vorbei, sondern geradeaus von der Zizkover Husgasse in die Hibernergasse, weiterhin über Graben, Nationalstraße, Riegerkai, Palackykai nach Podol (Zementfabrik).

Die 16er-Linie hat folgende Strecke zu befahren: Santoska, Palackyplatz (so wie bisher die 13), von da Resselgasse, Technik (Karlsplatz), Flora (parallel mit 2).

Die 20er-Linie beginnt beim Parlament, fährt über den Masarykkai, Riegerkai, Resselgasse, Technik, Karlsbad, Purkynèplatz nach Vrschowitz (parallel mit 1).

Volkswirtschaft.

Die Teuerung.

Die Preisbewegung vom Juni bis September.

Vergleicht man die Preise der ersten Woche Juni mit denen in der ersten Woche September, so gelangt man zu folgendem Schlusse:

Inländischer Weizen stieg in dieser Zeit um 16.4 Prozent, inländisches Korn um 1.2 Prozent, Gerste um 29 Prozent, Hafer 11.2 Prozent, Kartoffel 41.9 Prozent, Weizenmehl um 17.4 Prozent, Kornmehl um 11.5 Prozent, Amerikanisches Fett um 25 Prozent, Reis um 10.8 Prozent, Fleisch im Durchschnitte um 5.8 Prozent, darunter Rindfleisch allein um 11.2 Prozent.

Man sieht also, daß sich die Teuerung im Haushalt tatsächlich schon empfindlich bemerkbar macht.

*

Protestresolution der Bergbau-Angestellten

Der Ausschuß des Reichsverbandes der Bergbau- und Hüttenangestellten hat in seiner am 4. September l. J. in Teplitz Schönau abgehaltenen Sitzung mit der fortschreitenden Teuerung und deren Rückwirkung auf die Lebenshaltung der Angestellten beschäftigt und nach eingehender Aussprache beschlossen, nachstehende Entschließung den zuständigen Regierungsstellen vorzulegen:

Die Bergbau und Hüttenangestellten verfolgen die über die Bevölkerung hereingebrochene Teuerungswelle und deren rapides Anwachsen in letzter Zeit mit tiefer Sorge. In wenigen Wochen, ja Tagen, sind die Preise der notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel unnatürlich hoch emporgeschnellt und haben dadurch unbeschadet ihres ursächlichen Zusammenhanges mit den Erscheinungen auf dem Weltwirtschaftsmarkte das künstliche spekulative Moment, welches diesen Preissteigerungen zugrunde liegt, aufgedeckt. Wenn diesen ungesunden Wucherungen, welche am Lebensmarke des Staates und der gesamten Volkswirtschaft zehren, nicht rücksichtslos an den Leib gerückt wird, wenn dieser Tendenz fortschreitender Teuerung nicht ungesäumt gesteuert wird, dann müssen Folgen eintreten, welche nicht ohne Rückwirkung auf die wirtschaftliche Lage und innerpolitische Situation verbleiben können. Dieser Zustand muß aber auch zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze führen, da das gesamte werktätige Volk, welches unter der Last und Bürde wirtschaftlicher und politischer Nöte schwer seufzt, die weitere Verelendung seiner Lebensweise, die es geistig und körperlich zugrunde richten muß, nicht geduldig wird ertragen können.

Die Bergbauangestellten, deren Lebensbedingungen infolge der herrschenden Krise des Bergbaues arg in Mitleidenschaft gezogen sind und deren Gehaltsbezüge durch die wiederholten Abbaue bis auf das soziale Existenzminimum herabgedrückt wurden, richten an die Regierung die dringende Aufforderung, mit allem Nachdrucke entschieden Maßnahmen zu ergreifen, damit nicht nur der wachsenden Teuerung gesteuert, sondern ehestens eine erhebliche Senkung der Lebensmittelpreise bewirkt wird; und dies umsomehr, als die notwendige Folge weiterer Preissteigerungen auf dem Wirtschaftsmarkte neue Gehaltsforderungen bilden müßten, welche ihren äußeren Niederschlag in den „Kohlenpreisen" finden würden, wodurch eine Verschärfung der Wirtschaftskrise und eine Verschlechterung der allgemeinen Produktionsbedingungen hervorgerufen würde.

Die Durchführungsverordnung zum „Genter System".

Die Erwerbslosenunterstützung.

Die Durchführungsverordnung zum Gesetze vom 19. Juli 1921, Nr. 267 S. d. G. u. V., über den staatlichen Beitrag zur Unterstützung der Erwerbslosen, ist kundgemacht worden.

Wer sich den Anspruch auf einen Staatsbeitrag zur Unterstützung in der Erwerbslosigkeit sichern will, hat bei der Ortsgruppe der Gewerkschaftsorganisation eine Mitgliedsanmeldung auszufüllen und nebst den dort auszufüllenden Daten anzugeben, bei welcher Organisation (wenn er bei mehreren Mitglied ist) er im Falle der Erwerbslosigkeit seinen Anspruch auf den Staatsbeitrag geltend machen will. Die Ortsgruppe oder Zweigstelle sendet diese ausgefüllte Anmeldung an die Zentrale für den Mitgliederkataster nach Muster. Wenn sich im Sprengel des Sitzes des Mitgliedes keine Ortsgruppe (Zweigstelle) befindet, so sendet das Mitglied die Anmeldung direkt an die Zentrale. — Wenn nun das Mitglied der Gewerkschaftsorganisation erwerbslos wird, so sendet die Ortsgruppe der mit der Bewilligung der Unterstützung und des Staatsbeitrages betrauten Zentrale die Anmeldung mit den vorgeschriebenen Daten ein, wobei der Grund der Auflösung des letzten Arbeitsverhältnisses vom Arbeitgeber bestätigt sein muß. Der Anschluß der Gewerkschaftsorganisation, beziehungsweise die Verbandszentrale entscheidet sodann durch ihr Organ über die Bewilligung und sendet die Anweisung auf Unterstützung an die Ortsgruppe. Die Zentrale sendet sonach periodische Verzeichnisse mit Belegen (mindestens allmonatlich) an das Ministerium für soziale Fürsorge.

Endgültige Aufteilung der Lokomotiven und Waggons der ehemaligen österreichischen und ungarischen Staatsbahnen.

Die Friedensverträge mit Oesterreich und Magyarien bestimmen, daß die Lokomotiven und Waggons der ehemaligen österreichischen und ungarischen Staatsbahnen unter den Staaten, denen Strecken dieser Bahnen zufielen, gerecht verteilt werden müssen. Für diese Aufteilung wurde eine Kommission von Sachverständigen, die sogenannte Repartitionskommission mit dem Sitze in Wien, eingesetzt, in die jeder dieser Staaten seinen Experten entsandte. Die Kommission trat im Herbste 1919 zusammen.

Um den in den Friedensverträgen gegebenen Richtlinien zu entsprechen, mußte die Kommission umfangreiche statistische Arbeiten über die Streckenlänge und ihre Transitintensität vor dem Kriege leisten. Aber einen noch größeren Umfang nahmen ihre vorbereitenden Arbeiten zur Sicherstellung des Materials an, das zur Aufteilung gelangt.

Die ständig wachsenden Anstände der Wagengemeinschaft der Nachfolgestaaten veranlaßten die beteiligten Staaten, sich in einer Beratung in Portorose (im November 1921) dahin zu einigen, daß jeder Staat am 1. Jänner 1922 jene zur Aufteilung gelangenden Wagen in seinen vorläufigen Besitz nimmt, die sich an diesem Tage auf seinem Gebiete befinden und diese Waggons mit seinen Zeichen versieht, unter denen er sie bis zur definitiven Repartition als eigene Wagen verwendet.

Inzwischen wuchsen die durch die Unsicherheit über die definitive Aufteilung verursachten Schwierigkeiten soweit, daß es notwendig war, so rasch als möglich eine Lösung zu suchen. Die Aufgabe der Repartitionskommission wurde dadurch kompliziert, daß der lange interimistische Besitz die Staaten zu bedeutenden Ausgaben für die Reparatur der Lokomotiven und Waggons und für die Anpassung an die besonderen Bedürfnisse des betreffenden Netzes veranlaßte, so daß das Bestreben, diesen Besitz zu erhalten, über die anderen Interessen vorzuherrschen begann.

In Anbetracht aller dieser Momente traf die Kommission am 15. Juni d. J. die Entscheidung über die definitive Repartition aller Lokomotiven, Personen- und Güterwaggons der ehemaligen österreichischen und ungarischen Staatsbahnen. Hiebei ging der vorläufige Besitz in einen endgültigen über und es wurden nur kleinere Verschiebungen zum Ausgleiche der größten Abgänge angeordnet. Dieser Entschluß geschah einstimmig und in Uebereinstimmung mit den Staatsverwaltungen, die etwas abzugeben haben. Das garantiert eine rasche, glatte und vollständige Durchführung der Verschiebungen und gibt die langersehnte Sicherheit in der Angelegenheit des bisherigen Besitzes.

Die Kommission hat noch einige prinzipielle Gattungen von Waggons aufzuteilen, deren Zahl aber verhältnismäßig gering ist. Sie hat ferner einige untergeordnetere Fragen zu erledigen, so daß man erwarten kann, daß die Kommission bis Ende des Jahres vollständig die Aufgabe erledigt, die ihr durch die Friedensverträge übertragen wurde.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

Seit zwei Wochen streiken die Bergleute der Kohlengruben des Borinage im Heenegau, die bekanntlich zu den ertragfähigsten Belgiens gehören. Die Arbeitsniederlegung ist allgemein. Die Zahl der Streikenden beträgt rund 35.000. Der Streik ist ausgebrochen wegen einer Lohnkürzung von fünf bis zehn Prozent, die von den Unternehmern willkürlich vorgenommen wurde, zuerst im Juni auf der Zeche Rien de Cœur und dann Anfang August auf allen anderen Zechen des Bekkens, ohne die paritätische Kommission für den Bezirk, wie rechtens, vorerst damit zu befassen. Die Unternehmer begründen die Lohnkürzung mit dem Hinweis auf die schlechte Lage der Kohlenmarktes in Belgien. Zu besonderen beklagen sie sich, daß der Verkauf von 450.000 Tonnen deutscher Kohle auf Kosten des Kohlenmarktes im Borinage erfolge. Die Gruben des Borinage fördern hauptsächlich Industriekohlen, und zwar an die 400.000 Tonnen im Monat. Dagegen behaupten die Bergleute, daß die Lage keineswegs so schlecht sei, daß das vergangene Geschäftsjahr äußerst günstig für die Unternehmer war und daß übrigens das Leben in letzter Zeit teurer würde. Um den Konflikt beizulegen, hatte die paritätische Landeskommission für den Bergbau auf Anregung der Vertreter der Arbeitnehmer vorgeschlagen, die Arbeitgeber sollten die Lohnkürzung aufheben und eine Regulierungskommission mit der Streitfrage befassen. Die Unternehmer stimmten nach langen Verhandlungen einer offiziellen Untersuchung über die Lohnfrage zu, ohne aber die Lohnkürzung rückgängig zu machen. Inzwischen hat die Bergbauverwaltung ihre Untersuchung über die Lohnfrage vorgenommen, und man erwartet die Veröffentlichung ihrer Schlußfolgerungen.

*

Wie nun gemeldet wird, ist das Gutachten zugunsten der Unternehmer ausgefallen. Die Grubenkommission konnte in ihrer letzten Sitzung zu keinem Ergebnis gelangen, da die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharren. Eine neue Zusammenkunft ist anberaumt. Die Streikbewegung dauert vorläufig noch fort.

Kündigung des Vertrages der Keramangestellten. Wie der Karlsbader „Volkswille" mitteilt, hat der Verband der Industrieangestellten dem Arbeitgeberverband der Porzellanindustriellen einen neuen Rahmenvertrag überreicht. Die Unternehmerorganisation hat nun die Vertragsverhandlungen einfach abgelehnt, und in der Antwort erklärt, daß die Zeit von Vertragsabschlüssen vorüber sei! Die Vereinbarung über die Anstellungsverhältnisse muß dem jeweiligen Unternehmer persönlich mit jedem einzelnen Angestellten überlassen bleiben. Um auf diesen Anschlag gegen ihre Rechte zu antworten, haben die Angestellten am 31. August in Karlsbad eine Vertrauensmännerkonferenz abgehalten, in der folgende Antwort beschlossen wurde:

„Die Konferenz der Angestellten in der Porzellanindustrie hat von dem Versuche, Verhandlungen zwecks Wiederabschluß eines Kollektivvertrages zu führen, Kenntnis genommen und kann sich mit der prinzipiell ablehnenden Haltung des Unternehmerverbandes nicht einverstanden erklären. Die Meinung des Unternehmerverbandes, daß die Zeit für Kollektivverträge vorbei sei, ist umso verwunderlicher, als durch die staatliche Sozialgesetzgebung im Betriebsausschußgesetz das Kollektivvertragsverhältnis bereits prinzipiell ausdrücklich Anerkennung fand. Ja, die Regierung hat ein eigenes Gesetz über Kollektivverträge in Vorbereitung, um das Dienstverhältnis über das Handlungsgehilfengesetz hinaus zu regeln. Es ist wohl auch noch zu berücksichtigen, daß überhaupt die Zeit vorbei ist, wo das Dienstverhältnis eine Privatangelegenheit von jeweils zwei Personen war. In der Vorkriegszeit war die Angestelltenorganisation ebenso unentwickelt, wie es zum Großteil die Unternehmerorganisationen waren. Die Angestelltenorganisation ist aber inzwischen öffentlich rechtlich anerkannt und es müssen auch deren Vertreter auf Verhandlungen bestehen. Die Konferenz beauftragt daher den allgemeinen Industrieangestelltenverband und den Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr nochmals Verhandlungen zu verlangen. Die Konferenz kann nicht unterlassen, die Unternehmerschaft auf die allgemein bekannte Verschlechterung der Lebenslage seit vorigem Herbste durch die eingetretene Teuerung aufmerksam zu machen und müßte für Folgen durch die Beunruhigung der Angestelltenschaft infolge Ablehnung von Vertragsverhandlungen mit Bedauern jede Verantwortung ablehnen."

Es bleibt nun abzuwarten, was die Unternehmer zu dem Ergebnis dieser Konferenz zu sagen haben werden. Die Angestellten müssen sich fest zusammenschließen, um den unverantwortlichen Anschlag auf ihre Rechte abzuwehren.

Tagung tschechischer Eisenbahner. Sonntag und Montag fand in Prag eine Vorständekonferenz der tschechischen Eisenbahnergewerkschaft (Unie) statt, an der 339 Delegierte teilnahmen. Die Konferenz beschloß die Forderung nach Erhöhung der Teuerungszuschläge um 20 Prozent zu erheben und diesbezüglich alle Eisenbahnerorganisationen zu einer gemeinsamen Aktion aufzufordern. Bemerkenswert ist auch die Annahme eines Antrages, der die Kommerzialisierung der Staatsbahnen betrifft. Es wird darin erklärt, daß sich das Eisenbahnerpersonal gegen die kaufmännische Führung, und den Abschluß von Kollektivverträgen nicht wehrt. Das Streben des Eisenbahnerpersonals geht dahin, die Eisenbahnverwaltung zu entbürokratisieren und sie mit dem Geist moderner Wirtschaftlichkeit zu erfüllen. Das wird aber nicht erzielt durch die kapitalistische Führung der Bahnen, sondern durch die Nationalisierung (soll wohl heißen Sozialisierung) der Eisenbahnen unter Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten. — Hervorzuheben wäre noch, daß alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden, daß, wie das „Pravo Lidu" schreibt, auch die Kommunisten für die Anträge des Vorstandes stimmten.

Internationaler Buchdruckerkongreß in Hamburg. Montag wurde in Hamburg der neunte internationale Buchdruckerkongreß eröffnet, an dem 17 europäische Staaten vertreten sind. Nicht anwesend ist England, das seine Teilnahme abgelehnt hatte, weil die Verschmelzung des internationalen Sekretariates nicht auf die Tagesordnung gesetzt war, ferner Amerika, das seine Teilnahme erst nach der Aufnahme in die Amsterdamer Internationale nachsuchen wird und Rußland, das erneut ein Aufnahmsgesuch an den Kongreß richtete. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Kongreß eine Resolution gegen die auf den Krieg abzielenden Bestrebungen an.

Arbeiterschutz in Polen. Im Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge fand eine Sachverständigenkonferenz über die beschleunigte Einführung eines Gesetzes betreffend den Arbeitsschutz für Frauen und Minderjährige statt. Das Gesetz soll teilweise bereits am 1. November, im übrigen aber, soweit Lasten und Pflichten der über 100 Unternehmungen, welche Frauen beschäftigen, in Frage kommen, am 1. September 1925 in Kraft treten.

Krise in der englischen Kohlenindustrie. Aus New Castle wird gemeldet, daß infolge der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen die Kohlenindustrie in Nordengland schwer darniederliege. Mehrere Gruben in Nordcumberland mußten ihren Betrieb einstellen. Andere haben die Arbeiter entlassen. Seit 40 Jahren nahm sich die Situation noch nicht so bedrohlich aus.

Der Lohn.

Es war Samstag. Etwas freudiger als an anderen Tagen gingen die Arbeiter ihrer Behausung entgegen. Lohntag war heute. Still und stumm lag dieser Koloß da, in dessen Hintergrunde der hohe Riese steht, der auch seine Arbeit eingestellt hatte, denn nur während der Arbeitszeit stiegen aus ihm schwarze Wolken heraus, als wollte er um die Armen, Geknechteten trauern, die hinter schmutzigen, vergitterten Fenstern in Dunst und Qualm fronden. Da kam zuletzt ein Mann durch das Fabrikstor. Er mochte dreißig Jahre zählen. Stark und kräftig war seine Gestalt. Seine Hände, die er hin- und herschlenkerte, waren schwarz und mit Schwielen bedeckt. Gedankenlos steuerte er durch die Straßen, an herrlichen Plätzen und großen Gebäuden vorüber, bog in eine Seitengasse ein, machte vor einem Laden halt und trat, „Guten Tag" wünschend, ein. Den Gruß freundlich erwidernd, kam der Besitzer des kleinen Ladens hervor. Umständlich griff der Mann in seine Tasche, nahm den Lohnbeutel heraus und sprach: „Zahlen möcht ich, was ich die Woche über geholt habe." Alles war fürsorglich in ein Buch eingeschrieben, schnell rechnete der Krämer zusammen. Der Mann bezahlte und als Geschenk stellte er ihm mit größter Freundlichkeit ein Glas Branntwein auf den Ladentisch, das der Arbeiter mit einem Zuge leerte.

So ging es Jahr für Jahr. Der Krämer ist inzwischen Großkaufmann geworden, das Unternehmen, in dem der Mann arbeitete, hat sich vielfach vergrößert, statt eines Riesen stehen nun drei dort. Bloß der Arbeiter ist alt und schwach geworden, seine Hände zittern und der in jungen Jahren gerade Rücken ist zum Buckel geworden. Alt und schwach wankt er durch die belebten Straßen, sieht kräftige Gestalten die an ihm vorübereilen, ohne sich um ihn, den Alten, Ausgedienten, zu kümmern. Müde gleiten seine Augen durch die belebten Straßen. Dabei denkt er an seine Jugend zurück, die nur in harter Arbeit bestand. Er geht an einen stillen Platz, in eine Allee, wo ihn die Blätter der Bäume traulich zunickten, als wollten auch sie aus vergangenen Zeiten erzählen. Unter einem alten, schattigen Kastanienbaum, dessen Wipfel in die Höhe strebt, als wollte er eine Klage über die Ungerechtigkeit dieser Erde nach oben senden, ließ sich der Mann auf eine Bank nieder. Hie und da verirrte sich ein Sonnenstrahl durch das Laubdach des Baumes und fällt auf das welke, runzige Gesicht des Alten. Da das Licht ihn blendet, schließt er die Augen. Einige Vöglein, die in den Zweigen des Baumes sitzen, lullen ihn durch ihren Gesang in einen süßen Schlummer. Wundersich träumt er.

Er sieht Menschen sich freundlich zunickend, die keine vergrämten Gesichter, aus denen Hunger und Elend blicken, haben. Er sieht die Leute nach der Tagesarbeit fröhlich und heiter. Eine kraftstrotzende Jugend, der das Feuer in den Augen glüht, sieht er bei heiterem Spiel. Da kommen keine Frauen mehr, denen die Arme vor Ermüdung schlaff herabhängen oder nach denen hungernde Kinder schreien. Nein, diese Frauen kommen in gerader, stolzer Haltung dahergegangen, es ist eine Freude, sie zu sehen. Aus jedem Gesichte strahlt Fröhlichkeit. Alles ist ganz anders. Keine verlebten Züge sind in den Gesichtern jener zu sehen, die einst auf Kosten anderer ein Schlemmerleben führten und sich durch fremde Arbeit bereicherten. Jetzt gehen nüchterne Menschen durch die Straßen, ohne sich haßerfüllt anzusehen. Wie ist doch alles anders. Da sieht der Arbeiter in der Ferne das Leuchten der Sonne und eine unübersehbare Menge Menschen schreitet ihr entgegen. Ein leises, zufriedenes Lächeln spielt um die ausgetrockneten Lippen des Alten. Lautes Geräusch weckt den Alten aus seinem Schlummer. Verstört blickt er umher, streicht sich über die Augen, — ist wieder in der krassen Wirklichkeit. Er steht auf und mit Hilfe seines Stockes bewegt er sich langsam vorwärts, seiner Behausung zu. Dabei kommt er an einem großen Gebäude vorüber, an dem in großen Buchstaben die Firma des früheren Krämers angebracht ist: „Kolonialwaren en gros". Sinnend bleibt der Alte einen Augenblick stehen. „Sonderbar, auch ich arbeitete, muß aber jetzt von dem leben, was mir gütige Menschen schenken. Wie ist das doch möglich!" Kopfschüttelnd geht der Alte heim.

Lukarsch.

Kleine Chronik.

Was sollen die Glasarbeiter trinken?

Die Glasarbeiter sind bekanntlich bei Ausübung ihres Berufes sehr angestrengt. Körper und Geist werden bei der Arbeit außerordentlich in Anspruch genommen. Den meisten Gefahren in gesundheitlicher Beziehung sind aber die beim heißen Glasofen beschäftigten Arbeiter ausgesetzt. Besonders schlimm sind die Verhältnisse in der heißen Jahreszeit. In den meisten Betrieben arbeiten die Arbeiter am Glasofen kontinuierlich, also in drei Arbeitsschichten innerhalb 24 Stunden. Ist im Sommer die Luft schon im Freien durch die Sonne erwärmt, so daß der Spaziergänger dadurch allein einen stärkeren Trinkreiz empfindet, so muß dies beim Glasarbeiter um so mehr zutreffen, der beim heißen Ofen und in einem meist sehr verbauten Raume arbeitet, wo Rauch und Staub die doppelt erwärmte trockene Luft erfüllen, zu atmen gezwungen ist. Der Durstreiz wird noch mehr gesteigert, weil viele Arbeiter die Lunge, beziehungsweise den Mund beim Ausblasen verwenden müssen. Es ist deshalb keine Seltenheit, daß ein Glasarbeiter während einer Arbeitsschicht fünf bis sechs Liter Flüssigkeit zu sich nimmt. Es ist daher verständlich, daß Magenerweiterung eine allgemeine Erscheinung in Glasarbeiterkreisen ist. Gegen diese Krankheit soll die Beschränkung des Trinkens das wirksamste Mittel sein. Wie ist dies aber durchzuführen? Die Wissenschaft hat ja chemisch fast noch gar kein Mittel entdeckt, mit dem der Durst ohne Flüssigkeit gelöscht werden könnte.

Dennoch ist es notwendig, die Frage zu erörtern, welche Getränke für den Gesundheitszustand des Glasarbeiters am wenigsten gefährlich sind. Die schädliche Wirkung der alkoholischen Getränke auf den Organismus des Körpers braucht wohl infolge des übereinstimmenden Urteils der Aerzte nicht weiter erörtert zu werden. Wenn sich noch immer ein großer Teil der Glasarbeiter dieser Erkenntnis verschließt, so ist dies keine Verstocktheit, denn der Hauptgrund für den Alkoholkonsum der Glasarbeiter ist der, daß jene Stellen, die in den Glashütten Getränke verabreichen, teils aus Bequemlichkeit, teils aus Gewinnsucht, wenig Neigung bekunden, neben Bier und Schnaps auch andere Getränke zum Verkauf bereitzuhalten. Es ist nun eine alte Erfahrung, daß der Mensch solange an den althergebrachten Sitten, Gewohnheiten und Genüssen festhält, bis er durch gegebene Tatsachen, Neueinrichtungen und entsprechende Gelegenheiten gezwungen ist, seine Gewohnheiten zu ändern. Beim Glasarbeiter ist dies selbstverständlich ebenso. Erst das gesetzliche Verbot des Verkaufes von alkoholischen Getränken und die Beschaffung von entsprechenden Ersatzgetränken wird viele gewohnheitsmäßige Bier- und Schnapstrinker veranlassen, sich an alkoholfreie Getränke zu gewöhnen.

Wohl besteht bei uns ein Gesetz, das die Verabreichung von alkoholischen Getränken an Jugendliche verbietet, doch wird es leider viel zu wenig beachtet. Gewisse Wirkungen sind allerdings schon zu spüren: Die Raufereien auf den Tanzsälen und anderen Sammelplätzen der Jugend kommen jetzt seltener vor als früher. Würde dieses Gesetz auch in den Werkskantinen der Glasfabriken angewendet, dann würden manche Unzukömmlichkeiten bei der Arbeit vermieden werden. Warum wird aber in den Kantinen nur Alkohol verkauft? Die Beantwortung dieser Frage hängt direkt mit dem kapitalistischen System zusammen. Die Werkskantinen müssen möglichst hohe Profite abwerfen, was bekanntlich beim Verkauf von Alkohol am leichtesten möglich ist, da bei dessen Verkauf am meisten verdient wird und Staat und Gemeinde nebenbei noch nennenswerte Steuereinnahmen erzielen. Daher bleibt alles so wie es war. Dazu kommt ja noch, daß es in der heißen Jahreszeit dem Arbeiter am erhitzten Glasofen schwer fällt, seinen Durst zu bezwingen, wenn er erst nur einen Liter Bier getrunken hat. Nicht nur mit dem Essen kommt eben der Appetit, sondern auch beim Trinken. Sieht man von den Folgen der Aufnahme von einigen Litern Bier während einer Schicht ab, so muß doch die Tatsache, daß der Arbeiter oft den sechsten Teil seines Wochenlohnes in der Kantine für Bier hingeben muß, zum Nachdenken veranlassen. Diese Zustände werden nicht geändert werden, solange nicht die Gewerbebehörden Aenderungen herbeiführen. Zunächst muß auf die bisherigen Gewohnheiten Rücksicht genommen werden, so daß also das Uebel zunächst nur gemildert werden kann. Es gilt das Verdienstinteresse des Kantineurs und das gewohnheitsmäßige Biertrinken der Arbeiter in andere Bahnen zu lenken. Gegen den Genuß von kohlensäurehaltigen Getränken, wie Sodawasser und Limonaden, wird von den Arbeitern eingewendet, daß dies eine Aufblähung des Magens verursache. Ganz ungerechtfertigt dürfte diese Einwendung wohl nicht sein. Dagegen könnte es nicht allzu kostspielig sein, in den Werkskantinen solche Einrichtungen zu schaffen, wo der Arbeiter abgekochten kalten Kaffee, Tee oder Kakao zu jeder Tageszeit erhalten könnte. Wenn dadurch auch nicht sofort alle Arbeiter das Biertrinken aufgeben würden, so steht doch fest, daß zunächst viele Arbeiter, die fern von der Fabrik wohnen, sich dann, wenn ihre Kaffeekanne, die sie gefüllt von zu Hause mitbrachten, geleert ist, lieber noch einen Kaffee kaufen würden, als Bier zu trinken. Durch die Macht der Gewohnheit und des Beispiels würde die Zahl der Biertrinker nach und nach geringer werden. Damit wäre nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Unternehmungen und der Allgemeinheit gedient.

F. Bachmann.

Vor der Amerikafahrt des Z. R. III. Wie die Berliner Blätter zu der samstägigen Süddeutschlandfahrt des Amerika-Zeppelins melden, hat das Luftschiff während seines achteinhalbstündigen Fluges eine Strecke von weit über 1000 Kilometer zurückgelegt und dabei eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 130 Kilometer in der Stunde entwickelt, ohne daß damit die Höchstgrenze der zur Verfügung stehenden Motorenleistung erreicht wurde. — Aus Boston wird gemeldet: Der mit einem Ankermast versehene Marineleuder „Patoka" ist angewiesen worden, drei Seemeilen südlich von Cap Farewell (Grönland auf das Luftschiff ZR III zu warten zwecks eventueller Dienstleistung während des Fluges über den Atlantischen Ozean.

Ein Reinfall. Zwei junge Künstler machten zusammen eine Reise durch Spanien, auf der sie in abgelegenen Dörfern herumwanderten. Es war furchtbar heiß, und sie waren halbtot vor Durst, als sie in ein kleines Dorf in der Nähe einer großen Stadt kamen. Sie konnten kein Wort Spanisch, und die Verständigung war daher in dem kleinen Dorfwirtshaus schwierig. Da sie Milch haben wollten, zeichneten sie das Bild einer Kuh auf und gaben einiges Geld. Der Besitzer des Gasthauses schien verstanden zu haben und nach einiger Zeit kehrte er zurück mit — zwei Billets für den Stierkampf!

Kunst und Wissen.

Gastspiel Illing. Diesmal war es nicht Emmerich Kalmans melodienreiche Operette „Die Bajadere", die trotz aufgehobenen Abonnements und langentbehrten Sommerwetters das Publikum zahlreicher als bisher ins Theater zog, sondern Louis Illings Prinz Radjama von Lahore. Seine früheren Tugenden, gewinnendes, liebenswürdiges Spiel, prächtige Erscheinung und geschmackvolles Singen, hat dieser sympathische Tenor, wie dieses Gastspiel lehrte, auch in der Fremde zu bewahren gewußt. So feierte er wieder die alten Triumphe. Seine spielfreudigen Partner, die schöne Frau Siklosy, das fesche Frl. Ferry und die Herren Gabel, Bauer, Stadler, sowie der mit Gewandheit erstmals in unserem Operettenensemble mitwirkende Hans Fleischmann, trugen redlich mit dazu bei, der von Kapellmeister Waigand schwungvoll dirigierten und von Rud. Stadler auf der Szene umsichtig geleiteten Operette zu dem üblichen lauten Sonntagserfolge zu verhelfen. —ek.

Spielplan des Deutschen Theaters. Heute Mittwoch und Freitag „Kolportage"; Donnerstag „Lohengrin". Als erste Operettennovität dieser Spielzeit gelangt Sonntag Gilberts Operette „Das Weib im Purpur" zur Aufführung. Sonntag wird als Nachmittagsvorstellung statt Verdis „Maskenball" „Tosca" gegeben.

Kleine Bühne. Heute, Freitag und Sonntag nachmittags „Der Sprung in die Ehe"; morgen Donnerstag Hans Müllers „Flamme" mit Else Lord-Meißner a. G.

„Ein Fehltritt" betitelt sich die Schwanknovität, die als nächste Premiere der Kleinen Bühne Samstag in Szene geht.

Turnen und Sport.

Der Prager DFC. in Krakau siegreich. Der Prager DFC., der am Sonntag und Montag in Krakau gegen Cracowia spielte, konnte beidemale einen einwandfreien Sieg erringen. Am Sonntag spielte er die Cracowia mit 4 : 0 (1 : 0) in Grund und Boden, am Montag gelang es ihm trotz fabelhaftem Spiel der Polen mit 3 : 2 (1 : 2) siegreich zu bleiben. Der DFC., der äußerst fair und technisch hervorragend spielte, wurde vom Publikum stark akklamiert. Beim Revanchespiel am Montag hatte der DFC. stark unter dem parteiischen Schiedsrichter zu leiden.

AC. Sparta gegen Fortuna Leipzig 4 2 1 (2 : 1). Bei Sparta brillierte Kada, dem auch ihr gutes Abschneiden zu verdanken ist. Schwaches Spiel der Stürmerreihe beiderseits. Schiedsrichter E. Kraus gut. — Montag: AC. Sparta gegen Nuselsky SK. 3 : 1 (1 : 1). Unverdiente Niederlage der Nusler, die sehr rasch starten, aber vor dem Tore unentschossen sind. Schiedsrichter Ruml stand mit den Offside-Regeln sehr auf Kriegsfuß und „verhütete" so zwei Tore für die Nusler. — Besuch an beiden Tagen gut. —ll.

Slavia-Prag gegen CAFK. Weinberge 1 : 1 (1 : 0). Das Spiel wurde vom Schiedsrichter unberechtigterweise in der zweiten Halbzeit abgebrochen. Die Leistung der Slavia war keine übermäßige.

ASK. Viktoria Winterberg gegen Tschechische Sportvereinigung Winterberg 2 : 2 (1 : 2). Anfangs wechselnde Angriffe. In der 35. Minute erzielt Bosmik den ersten Treffer (0 : 1). Gleich darauf erhöht Waldstein den Stand auf 2 : 0 für die Sportvereinigung. Viktoria spielt nun sehr scharf und erzielt gegen Schluß durch Fritsch das erste Tor. Nach Halbzeit werden einige Schüsse auf das Viktoria-Tor abgegeben, die aber vom Tormann Lepschi gehalten werden. Erst in der 42. Minute erzielt Fritsch den Ausgleich. Torschützen: für Viktoria: Fritsch 2, für Sportvereinigung: Bosmik 1, Waldstein 1.

Tschechoslowakischer Fußball. Prag: DBC. Sturm gegen Cechie Dušniky 4 : 2 (2 : 1). Verdienter Sieg des ambitioniert spielenden Sturms. Nuselsky gegen Vršovice 4 : 1 (2 : 1) für Vršovice. Union Žižkov gegen Victoria Nusle 0 : 0. Sparta Košik gegen Cechie Smichow 5 : 3. Hagibor gegen Prag IX 3 : 2 (2 : 1). Cechoslovan gegen Meteor VIII 4 : 1 (3 : 0). — Reichenberg. Sportbrüder Prag gegen DSK. Reichenberg 2 : 4 (2 : 3). — Aussig. DFK. Aussig gegen BSV. Teplitz 3 : 3 (0 : 2). — Mähr.-Ostrau. SK. Liben gegen Slovan Mähr.-Ostrau 1 : 1 (0 2 1). — Troppau. DSV. gegen Meteor Vinohrady 3 : 1 (2 : 0). — Brünn. Brünner Sportklub gegen SK. Hodonin 6 : 0 (2 : 0). Zidenice gegen PTC. Preßburg 3 : 0. Blue Star Brünn ist in den deutschen Fußballverband eingetreten. — Preßburg. Cup. Ligeti gegen SK. Bratislava 4 : 2 (1 : 1). Karlsbad. KFK. gegen Sparta 6 : 1.

Ausländischer Fußball. Wien: Real Sociedad konnte in Wien überraschend gut abschneiden. Sonntag verloren die Spanier nur durch einen Zufallstreffer 1 : 0 gegen die Vienna, während sie am Montag mit 3 : 2 gegen die geschwächt antretenden Amateure Sieger blieben. Amateure gegen MTK. 2 : 0 (Sonntag). Rapid gegen Sportklub 4 : 1, Simmering gegen Hakoah 7 : 6, Simmering gegen Sportklub 3 : 2, Hakoah gegen Rapid 7 : 3. — Nürnberg: Hamburger SV. gegen I. FC. Nürnberg 3 : 1 (1 : 0)! Die größte Ueberraschung des Sonntags. — Osnabrück: Teplitzer FK. gegen Städteteam 7 : 0 (3 : 0). — Rheine: Teplitzer FK. gegen Borussia 1 : 2 (1 : 0). — Lodz: Viktoria Žižkov gegen Union 3 : 1.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch,** Prag,
Graben 25, II. Etage.
1332

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kießner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G., Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Č. j. 835/24.

Das Gemeindeamt in Zwug, politischer Bezirk Mies, vergibt die

Öffentliche Ausschreibung zur Verlängerung des elektrischen Führungsnetzes und der öffentlichen Beleuchtung sowie der Beleuchtung der Haltestelle.

Der Plan ist beim Gemeindeamte Zwug von 14 bis 17 Uhr zu besichtigen.

Die Einreichungsfrist der ordnungsmäßig gesiegelten und mit der Aufschrift: „Offert zur Verlängerung des elektrischen Führungsnetzes" versehenen Angebote **endet am 20. September lfd. Jahres um 12 Uhr Mittag** und die Oeffnung der Offerten wird am gleichen Tage um 13 Uhr erfolgen.

Die Gemeinde behält sich die Lieferung des gesamten Materials und Ausführung gemäß Normale E. S. O. vor. (2896)

Gemeindeamt in Zwug, den 7. September 1924.

Der Bürgermeister.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,
Tischlergasse 6, 1002
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Leitfaden zur Religionsgeschichte der Menschheit
Von Gustav Tschirn, Prediger in Wiesbaden
(Für Jugendunterricht und zu Selbstbelehrungszwecken)
Preis 4 Kronen
Große Auswahl anderer erziehlicher u. erbaulicher Schriften für neues Menschentum (Verzeichnisse kostenlos)
Volksbuchhandlung
Teplitz-Schönau
Theresiengasse Nr. 18—20

Ceres
Speisefett
billiger als Schweinefett
unbegrenzt haltbar.
2877

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall **bevorzugt.**
Verlangen Sie daher nur 2871
Kalla's Fischkonserven
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Neu renoviert!
Kreuzl-Keller-Restaurant
Prag II, Nekazanka
Täglich Künstlerkonzert. 2803
Heim aller Provinz-Deutschen

!! **Inserieren bringt stets Erfolg.** !!